

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: S. Gede, Verleger: A. Bringmann,
beide in Hamburg.
Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg 22, Fehlfertstr. 28, I.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 80 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Das Jahr

Von Ernst Preczang.

□ □ □

Und als die Uhr zwölf Schläge schlug,
Da trat gewappnet das junge Jahr
Aus der Zukunft dunkeltem Tor;
Kein Gott, den eine Wolke trug,
Auch keine Göttin mit wehendem Haar —
Ein schlichtes Weib trat hervor.

Ein ledern Schurzfell umspannte den Leib,
Tief atmend hob sich die freie Brust,
Und es reckten sich Arm und Hand.
Eine Hacke war die Waffe nur,
Doch die Augen sahen mit Kampfeslust
Hinein in das weite Land.

Das war von fessigen Klüften voll,
Von sandigen Wüsten mit Dorn und Stein,
Verschüttet Wege und Pfad.
Da blickten die frohen Augen hinein,
Da hob sich der Arm und die Muskel schwellt
Und die Sehne strafft sich zur Tat.

Die Hacke klirrte am Felsenstück;
Es sog sich der Schweiß in den dorrenden Sand;
Doch die Augen waren voll Glanz;
Sie ruhten nicht aus, sie sah'n nicht zurück,
Nur vorwärts, wo Funke um Funke sprang
In glühendem, blitzendem Tanz.

In jeder Sekunde ein Splitter fiel,
In jeder Stunde geweitet der Weg,
Und nimmer ruhte die Hand.
Und jeder Tag ist ein Schritt zum Ziel,
Und die Hacke klingt wie ein Freudenpiel
Ermunternd hinein in das Land:

„Was Wüste und Stein, was Fels und Dorn,
Was Mauer, was Wälle und Hindernis;
Die Zeit hat schon viele genommen.
All eure Schranken zertrümmert der Zorn,
Und ende ich — was ich dann übrig ließ,
Tun jene, die nach mir kommen.“

„Es lacht uns die Hoffnung im Angesicht,
Denn die Arbeit ist unsere Zuversicht
Und ihre streitenden Knappen.
Sie tragen das Zeichen der jungen Kultur —
Nicht Adler und Schwert — eine Hacke nur
In ihrem leuchtenden Wappen.“ —

So singt der Arbeit schöpferisch Jahr,
Das von Anfang bis Ende hämmert und purrt,
Im Fleiße den Weg zu bereiten:
Fröhlich zu machen, wer trübe gemurrt,
Und den Acker, der dornig und fellig war,
Zu verwandeln in blühende Weiten ...

Nejhrans 1904.

Th. Berlin, 27. Dezember 1904.

Eine schier unübersehbare Reihe von Ereignissen türmt sich in buntem Gemisch vor dem auf, der die übliche Silvesterbetrachtung über das zu Ende gehende Jahr 1904 anstellen will. Wie in einem Katarakt die tosenden Wasserwellen aneinander geschlagen sich überstürzen und gegenseitig verschlingen, so gebären die Zeiten vor großen Katastrophen in hastender Eile eine Ueberfülle von charakteristischen Geschehnissen. Was in ruhigen Zeiten während eines Jahrzehnts passiert, das drängt sich dann auf ein Jahr zusammen. Es ist, als ob der Zeitgeist danach giere, eine Periode zum möglichst schnellen Abschluß zu bringen, als wolle er dem lebenden Geschlecht, dem er die widrigen und widerlichen Krankheitserscheinungen nicht ersparen kann, die Qualen wenigstens soviel wie möglich abkürzen.

Nicht die sozialistische Presse allein, auch die bürgerliche weist gelegentlich immer wieder auf die Lehnlichkeit hin zwischen der Ueberreiztheit unserer Tage und der vor Ausbruch der großen französischen Revolution: auf der einen Seite der sich anhäufende, zunächst noch stumme Groll in der Masse des Volkes, auf der anderen Seite bei den Herrschenden die absolute Verständnislosigkeit für die Leiden des Volkes, die Gefühlskroheit bei Beurteilung der Volksleiden, die Neigung, durch brutale Gewalt die Sehnsuchtschreie nach Besserung der Verhältnisse zu unterdrücken. Das Wort des verstorbenen englischen Staatsmannes Disraeli von den „zwei Nationen“ innerhalb jedes Volkes, die einander nicht mehr verstehen, ist in unseren Tagen zur vollendeten Wahrheit geworden. Die eine „Nation“ lacht, wenn die andere weint, und sie weint, wenn die andere lacht. Was die oberen Zehntausend zur Vermehrung ihres Glanzes und ihrer Sicherheit erstreben, das ist dem arbeitenden Volke zum Fluch, und wiederum was das arbeitende Volk für sich mit aller Fähigkeit zu erringen sucht, das wird von den anderen mit allen Mitteln der herrschenden Gewalt verhindert.

Der Gegensatz zwischen den Interessen der Herrschenden und der Beherrschten war stets vorhanden. Er ist an sich den Herrschenden nicht gefährlich. Das wird er erst, wenn den Beherrschten dieser Gegensatz zu Lebendigen Bewußtsein kommt. Und das ist jetzt der Fall. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die sich ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation anschließen, erklären damit stillschweigend, daß sie den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen ihren Interessen und denen der Besitzenden nicht nur erkannt, sondern daß sie auch den Glauben an eine gütliche Schlichtung des Gegensatzes völlig verloren haben. Nur im harten Kampf von Klasse gegen Klasse können die Gegensätze schließlich zum Ausirag gebracht werden.

So zwingend, so in der innersten Natur der Verhältnisse begründet ist der Klassencharakter der modernen Arbeiterbewegung, daß selbst solchen Arbeiterorganisationen, die von Unternehmern und Pfaffen zum Schutze gegen die freien Gewerkschaften errichtet worden sind, im weiteren Verlaufe ihrer Entwicklung die notwendigen Aufgaben zum Bewußtsein gelangen und sie zum Entgegen ihrer Vormünder allerhand programmwidrige Seitenstücke machen. Die „zwei Nationen“ fallen eben auseinander und lassen sich weder durch Lockungen noch durch Drohungen willkürlich berrnischen.

Wie leicht hatten es die Herrschenden noch vor einem Jahrhundert, ja noch vor fünfzig Jahren. Sie ließen dem Volke durch die Männer im Priestertalar verkünden, so wie es ist, sei es immer gewesen und es werde auch immer so bleiben, denn es sei „Gottes Ordnung“. Wem es hier auf Erden traurig gehe, brauche sich auch darüber nicht sonderlich zu grämen, denn seiner warte dafür im „ewigen Leben“ ein besonders gehäuftes Maß himmlischer Freuden. Das Volk glaubte das und damit war die Sache erledigt. Heute glaubt kein Mensch mehr im Ernst an ein berartiges „ewiges Leben“, das es aus hundertundsieben Gründen gar nicht geben kann. Heute versagt darum die priesterliche Trostsalbe ihre Wirkung; sie mindert nicht die Schmerzen der Weulen, die dem Arbeiter vom Kapital geschlagen worden sind. Der Arbeiter lernt denken; er sinnt und grübelt, tauscht sich mit seinen Leidensgefährten aus, erfährt dabei, daß auch seine Kameraden ganz aus sich selbst heraus zu neuen Auffassungen gelangt sind, und da reißt sich dann Glied um Glied an die Kette, mit der einst der Drachenleib der „göttlichen Ordnung“ umspannt und erdrückt werden wird. Und jeder Silbestertag bringt das arbeitende Volk der Stunde der Befreiung näher.

Nicht in einem Bade von Lavendelöl wird die künftige Rechtsordnung aus der jetzigen Anarchie geboren werden, sondern unter Donner und Blitz, das den Erbball erzittern macht, wird sie in die Erscheinung treten und ihr Daseinsrecht erzwingen. Das liegt nicht an der neuen Ordnung, deren Wesen die Menschenliebe und der Friede aller mit allen ist, sondern es liegt an den Machtverhältnissen unserer Tage, die dem Menschheitsfrühling den Einzug gewaltsam wehren wollen, die das Unrecht, weil es seit Jahrhunderten gegolten hat, für Recht halten, und die da glauben, die Masse des Volkes werde es sich auf die Dauer ruhig gefallen lassen, daß neunundneunzig Arbeiterfamilien für immer vom wirklichen Lebensglück ausgeschlossen bleiben, damit die hundertste Familie, die eines Kapitalisten, im Uebermaß vom Besitz schwelgen kann.

Das von den herrschenden Klassen begangene Unrecht wird ihnen erst dann gefährlich, wenn es denen, die darunter leiden, zum Bewußtsein kommt. Das ist jetzt der Fall nicht, daß die Herrschenden heute schlechter sind als früher. Im Gegenteil! Aber das Rechtsempfinden der breiten Masse ist wesentlich kräftiger als früher. Vorüber man noch vor wenigen Jahrzehnten vielleicht mit einem Wort ärgerlicher Kritik hinweggegangen wäre, das regt heute die weite Oeffentlichkeit auf und läßt einen Bodensatz bitterer Empfindung zurück. Und daran hat es im zu Ende gehenden Jahre wahrlich nicht gefehlt. Ein Ereignis überstürzte das andere, und jedes neue peitschte das beleidigte Rechtsgefühl der Arbeiter immer stärker auf.

Als die Geburtsstunde des Jahres schlug, waren alle Blicke auf Crimmitschau gerichtet, wo die sächsische Polizei eines ihrer Meisterstücke zum Besten gab. Auf dem gewerkschaftlichen Gebiet hat denn das Jahr eine polizeiliche Heldentat nach der anderen erzeugt. Was in Berlin im Verbot des Streikpostensiegens geleistet worden ist, geht auf keine Elefantenhaut. Daß die Gerichte einen Streikposten nach dem anderen freisprachen, kümmerte die Polizei wenig. Sie hat ihr Gesetz für sich und macht sich ihre „Ordnung“ selbst. So kam es, daß schließlich auch streikende Arbeiterinnen, die auf menschenleerer breiter Straße in aller Ruhe einen Fabrikeingang beobachteten, mit der Polizei in Konflikt kamen, weil sie den „Verkehr hemmten“, der auf der Straße gar nicht vorhanden war.

Was auch außer Berlin in Königsberg, Breslau, an der Unterweser, in Hamburg und anderwärts an Schifanierung der Streikenden und an polizeilichen Hülfeleistungen für das Unternehmertum zu verzeichnen gewesen ist, werden die Arbeiter in frischem Gedächtnis behalten. Das Zuchthausgesetz ist zwar nicht zu stande gekommen, aber manche Richter wissen das offenbar nicht. Auf Grund der „freien Beweiswürdigung“ schöpfen sie das Urteil „ohne Ansehen der Person und der Partei“, wie es ihre Pflicht ist. Das taten auch die Richter in Oldenburg, als sie den Redakteur zu furchtbarer Gefängnisstrafe verurteilten, ihrem Minister Ruchstrat dagegen ein glänzendes Führungsattest ausstellten. Pokern ist kein Glückspiel, kein Hasardspiel. Es durfte das nicht sein; denn Ruchstrat, der Justizminister, hatte beschworen, er habe seit länger als zehn Jahren nicht hasardiert. Da durfte natürlich das Pokern, dem er bis in die letzten Jahre hinein geföhnt hatte, kein Hasardspiel sein.

Die „freie Beweiswürdigung“ ist eine vorzügliche Erfindung. Warum sollten die Richter dieses Jewel nicht schätzen, da doch die gesetzgebende Körperschaft des Reichs, der Reichstag, selbst in „freier Beweiswürdigung“ das Menschenmögliche leistete, als er die Mandate unserer Genossen Braun und Buchwald für ungültig erklärte, während er die mit Recht angefochtenen Mandate der Staatskügen für gültig ansah?

Die „freie Beweiswürdigung“ war es auch, die den preussischen Landtag veranlaßte, dem edlen Oberhofmeister v. Mirbach ein Ehrenmonument zu errichten. Wo die M. 325 000 sind, weiß man zwar heute noch nicht, aber Mirbach ist rein und unschuldsvoll. — Allzu frei in der Beweiswürdigung wollte man im Königsberger Hochverratsprozeß sein. Leider gelang es vorbei; doch die schöne und gute Absicht wird vom deutschen Volke voll gewürdigt und anerkannt.

Die Ballinsche Menschenfalle ist zwar noch nicht als zu Recht bestehend vom Reichskanzler gerechtfertigt worden; doch das wird schon noch geschehen. Bülow wird schon nachweisen, daß der Ballinsandal die Ehre und das Ansehen des deutschen Reiches nach innen und außen mächtig fördert; ja, daß das Handinhandgehen von Polizei, Gendarmerie, Bahnbeamten und Ballinsagenten geradezu ein Beweis ist für die Unantastbarkeit der deutschen Rechtsverhältnisse. Der Kanzler wird, wenn es verlangt wird, auch nachweisen, daß die Mitteilung des preussischen Polizeiministers v. Hammerstein im Landtage, die Berine Brosen sei im Bette ihres Bräutigams aufgefunden und für verhaftet erklärt worden, nur den gehobenen Sitten neuer deutscher Kultur entspreche.

Daß wir für Südwestafrrika noch weit größere Opfer bringen müssen, daß die Vermehrung des stehenden Heeres um weitere zehntausend Mann absolut nötig ist, wenn nicht eines Tages die russische Flotte auf der Spree bis Berlin vorbringen soll, daß die Bluturteile in Dessau und anderwärts durchaus dem göttlichen Rechte entsprechen — das alles wird im Reichstage in den nächsten Wochen und Monaten bewiesen werden. Zuletzt wird auch bewiesen werden, daß die polizeiliche Ausweisung der früheren Kronprinzessin Luise von Sachsen nicht nur zur höheren Weihe des Weihnachtsfestes nötig war, sondern auch zu dem Zwecke, dem Volke zu zeigen, daß das Gesetz ohne Ansehen der Person gehandhabt wird, in Sachsen. — Und das arbeitende Volk wird sich dabei eins lachen. Es wird das neue Jahr mit der Hoffnung begrüßen, daß es mit demselben Erfolge an dem Gefüge des Klassenstaates rütteln möge wie das alte, bis einst der letzte Silbestertag gelautet werden kann. Die Arbeiterklasse tanzt mit.



Verbandsnachrichten.

Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Ein paar Worte zu der Diskussion an sich.

Aus 213 Verbandszahlstellen liegen Berichte über ihre Stellungnahme zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung vor. Da unser Zentralverband zur Zeit etwa 580 Zahlstellen zählt, haben 367 Zahlstellen entweder noch gar keine Stellung genommen, oder sie haben es unterlassen, uns davon zu unterrichten. Von den 213 Zahlstellen, die uns über ihre Stellungnahme informierten, entschieden sich 126 für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, 30 Zahlstellen gegen die Einführung und 57 Zahlstellen sind zu einer Entscheidung noch nicht gelangt. Ferner sind bis jetzt 23 Aufsätze uns zugegangen und veröffentlicht, in welchen einzelne Kameraden ihre Meinungen bezw. Erfahrungen mitteilen und begründen. Davon sprachten sich 18 für und 5 gegen die Arbeitslosenunterstützung aus.

Es wäre natürlich sehr gewagt, aus diesen Zahlen irgend welche Schlüsse zu ziehen auf die endliche Annahme oder Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung. Die Versammlungen, welche sich mit der Angelegenheit beschäftigten, sind zwar oft sehr gut besucht gewesen, vielfach aber auch sehr mangelhaft. Und was versteht man manchmal unter gutbesuchten Versammlungen? In großen Zahlstellen gelten meistens schon solche Versammlungen als gut besucht, die von der Hälfte, einem Drittel oder gar einem Viertel der Mitglieder besucht sind. Außerdem gibt es in der Regel Minoritäten und Majoritäten, in solchen Versammlungen sowohl, die sich für die Einführung entscheiden, als in jenen, die entgegengesetzt beschließen.

Ohne Bedenken kann zwar konstatiert werden, daß die Diskussion dieses Mal viel reger und umfassender ist als bei allen früheren Diskussionen, welche um irgend eine Angelegenheit im Gesamtverbande geführt worden sind. Zimmerhin fehlt noch sehr viel, bevor wir sagen könnten, unser Gesamtverband hätte zu der Einführung der Arbeitslosenunterstützung Stellung genommen.

Auf diesen Umstand machen wir deshalb aufmerksam, weil vielfach verlangt wird, die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch eine Urabstimmung im Verbandsentscheiden zu lassen. Entschieden kann doch aber nur derjenige eine Frage, der sich damit beschäftigt hat! Das Interesse für diese Angelegenheit muß also in recht weiten Verbandskreisen erst noch geweckt werden; daran sollten sowohl die Befürworter wie auch die Gegner der Arbeitslosenunterstützung arbeiten, ganz besonders aber jene Kameraden, die für eine Urabstimmung sind. Der Eifer nach dieser Richtung läßt noch viel zu wünschen übrig.

Außerdem erinnern wir nochmals daran, daß es sich bei der Angelegenheit keineswegs nur um die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung handelt, sondern um den sehr notwendigen Ausbau unseres Zentralverbandes, um die Erhöhung seiner Widerstandskraft. Nach den Berichten zu urteilen, wird in sehr vielen Versammlungen hierauf gar nicht verwiesen, sondern die Sache wird so behandelt, als habe man nur zu einer Beitragserhöhung Stellung zu nehmen. Dabei wird die Diskussion natürlich total verdrängt.

Die Zahlstellenverbände möchten wir ersuchen, sich zu bemühen, offenbar falschen Auffassungen gleich bei den Verhandlungen entgegenzutreten. Es macht doch wahrhaftig keinen guten Eindruck, wenn wir Berichte veröffentlichen, wonach in den betreffenden Zahlstellen niemals Arbeitslosigkeit vorkommt und hier Statistikkarten vorliegen, worauf fast für jeden Monat Arbeitslose verzeichnet sind. Wenn das so weiter geht, dann sehen wir uns veranlaßt, allemal auf die Widersprüche hinzuweisen.

In den Berichten wird aber auch häufig ausgeführt, daß man wohl mit der Arbeitslosenunterstützung einverstanden sei, aber nicht mit dem vorliegenden Entwurf. Demgegenüber müssen wir hervorheben, daß es niemandem verwehrt wird, zu sagen, nach welcher Richtung hin er eine Aenderung wünscht. Bevor das nicht geschieht, kann in der Diskussion auf solche Einwände kein Bezug genommen werden.

Die Zahlstelle Berlin und Umgegend beschäftigte sich in einer Delegiertenversammlung, die am 18. Dezember im Gewerkschaftshaus stattfand, mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands. Der Vorsitzende machte vor Eintritt in die Tagesordnung darauf aufmerksam, daß es sich heute nicht darum handle, irgend welche Beschlüsse zu fassen, sondern nur um eine reif überlegte Erörterung dieser Frage. Hierauf erhielt der Referent, Kamerad Kube, das Wort. Redner führte folgendes aus:

„Als vor ungefähr 3/4 Jahren die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbands durch Urabstimmung abgelehnt worden war, neigte man vielerseits zu der Annahme, daß nunmehr diese Frage auf absehbare Zeit von der Tagesordnung im Verbands abgesetzt werden würde.“

Das Resultat der Urabstimmung rechtfertigte die Annahme auch vollauf. Von 2302 Mitgliedern, die unser Verband um jene Zeit zählte, beteiligten sich an der Abstimmung nur 11867. Hier von erklärten sich 3577 für und 8183 gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung; 107 Stimmen waren gesplittet und 11225 Mitglieder, annähernd 50 pht., standen der Frage völlig indifferent gegenüber. Es könnte verwunderlich erscheinen, daß trotz der ablehnenden Haltung, die der größte Teil der Mitglieder noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit dieser Frage gegenüber einnahm, heute schon wieder lebhaft über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbandsdiskutiert wird. Seine Erklärung findet dies jedoch dadurch, daß das Resultat der Urabstimmung jeder logischen Folgerung widerspricht und die Abstimmung selbst ein Ergebnis zeitig hatte, insofern, als durch sie nicht die grundsätzliche Stellung der Mitglieder zu dieser Frage zum Ausdruck gekommen war. Schon vor der Urabstimmung hatte man sich im Verbands wiederholt mit der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt und sich im Prinzip stets dafür ausgesprochen. So die 12. Generalversammlung 1897 in Halberstadt, welche den Zentralvorstand beauftragte, statistische Erhebungen zu veranstalten zu dem Zweck, eine Unterlage zu schaffen für die Beurteilung der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Auf der 13. Generalversammlung 1899 in Berlin waren die Meinungen über diese Frage soweit geklärt, daß ein Beschluß, der den Zentralvorstand verpflichtete, eine Vorlage auszuarbeiten, wonach die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden könnte, einstimmig angenommen wurde. Ein solcher Entwurf lag dann auch der 14. Generalversammlung 1901 in Nürnberg zur Beratung vor. Auch bei dieser Gelegenheit erklärten alle Delegierten sich im Prinzip für die Arbeitslosenunterstützung, und wenn trotzdem diese Generalversammlung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht beschloß, so aus dem Grunde, weil eine nicht unbedeutende Beitragserhöhung damit verbunden war. Außerdem wurde geltend gemacht, daß die Mitglieder sich nicht genügend mit der Frage beschäftigt hätten. Da mehrere Entwürfe vorlagen, wurde von der Generalversammlung beschlossen, den Mitgliedern den Entwurf 3 zur Urabstimmung zu unterbreiten. Dieser Entwurf wurde vor der Urabstimmung in fast allen Pforten beraten; auch dabei zeigte es sich, daß grundsätzliche Gegner der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands so gut wie gar nicht vorhanden waren. Selbst sehr vielen Kameraden gefiel der Entwurf nicht; dem einen war der Beitrag zu hoch, dem anderen die Leistung zu niedrig usw. Diese rein äußerlichen Gründe waren für die Mehrzahl der Mitglieder bestimmend für die Abgabe ihres Votums. Nicht ohne Einfluß auf das Resultat der Abstimmung dürfte es gewesen sein, daß die Urabstimmung in einer Zeit vorgenommen wurde, in der sich die Arbeitslosigkeit am wenigsten fühlbar machte. Unter diesen Umständen kam dann das vorher erwähnte Resultat der Urabstimmung zu stande. Befriedigt war durch das Ergebnis der Abstimmung eigentlich niemand; die Folge war, daß die Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung recht bald wieder in Fluß kam. Recht eingehend hat sich dann nochmals die letzte Generalversammlung mit der Frage beschäftigt. Das Ergebnis der Verhandlungen kommt in folgender Resolution zum Ausdruck:

„Die fünfzehnte Generalversammlung erkennt aus den vorjährigen Lohnbewegungen die Notwendigkeit, die Kampfesstärke des Verbandes zu heben, um der heutigen Kampfweise des haugewerblichen Arbeitgebers entgegen zu begegnen. Als ein wirksames Mittel hierzu ist die Arbeitslosenunterstützung zu bezeichnen. Die Einführung derselben schon jetzt zu beschließen, nimmt die diesjährige Generalversammlung Abstand, jedoch lediglich zu dem Zweck, um den Mitgliedern bis zur nächsten Generalversammlung Gelegenheit zu geben, sich ununterbrochen damit zu beschäftigen und dabei zu überzeugen, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Konsequenz der Wachtentfaltung der heutigen Unternehmerorganisation bedeutet. Als eine endgültige Abweisung der Arbeitslosenunterstützung betrachtet die Generalversammlung die Schaffung von Krankenunterstützungs-Einrichtungen im Verbands und lehnt deshalb alle diesbezüglichen Anträge ab.“

Auf Grund dieser Resolution muß sich die nächste Generalversammlung wiederum mit der Arbeitslosenunterstützung beschäftigen. Um nun auch eine Unterlage für die Beratungen in bezug auf die praktische Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu haben, hat der Zentralvorstand diesmal einen Entwurf ausgearbeitet. Derselbe ist dem „Zimmerer“ Nr. 43 als Extrabeilage beigegeben, er befindet sich somit in den Händen eines jeden Mitgliedes. Auf die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes näher einzugehen, dürfte zunächst nicht notwendig sein, das kann in einer späteren Versammlung noch geschehen. Vergleicht man den jetzt vorliegenden Entwurf mit dem, der seinerzeit zur Urabstimmung stand, so muß man zugeben, daß sich der Entwurf wesentlich günstiger für die Mitglieder gestaltet. Während der alte Entwurf einen Beitrag von 20 bzw. 25 % pro Woche vorsah, verlangt der neue Entwurf nur 15 bzw. 20 % pro Woche. Würden heute noch, wie damals, 52 Wochen Beiträge im Verbands erhoben werden, so würde sich der Beitrag in den ersten beiden Klassen auf 1 1/2 % und in den letzten beiden Klassen auf wöchentlich 15 % stellen. Aber auch bezüglich der zu gewährenden Unterstützung bietet der jetzige Entwurf mehr als sein Vorgänger. Dieser sah eine Karenzzeit von zwölfstündiger Arbeitslosigkeit vor, ehe jemand Unterstützung beziehen konnte, der vorliegende schreibt eine solche von nur sechs Tagen vor. Die Unterstützungsdauer ist die gleiche geblieben wie im alten Entwurf, desgleichen der Unterstützungsfuß. Doch tritt eine Erhöhung der Unterstützung pro Tag um 25 % ein, wenn jemand dem Verbands ununterbrochen zwei Jahre lang angehört hat. Auch das ist ein Vorzug gegenüber dem früheren Entwurf. Alles in allem, der vorliegende Entwurf beweist, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands möglich ist, und darauf kommt es zunächst an. Wer den Entwurf rein vom materiellen Standpunkt aus betrachtet, dem wird er nicht genügen. Es kann auch ohne weiteres zugegeben werden, daß der Entwurf eine vollkommene Arbeitslosenunterstützung nicht bietet. Die Differenz zwischen dem wirklichen Lohnverlust

und dem im Entwurf vorgesehenen Unterstützungsfuß ist noch etwas zu groß, um die Erwartungen, die wir an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung knüpfen, in Erfüllung gehen zu lassen. Es ist aber ein Ding der Unmöglichkeit, von Anfang an eine vollkommene Arbeitslosenunterstützung zur Einführung zu bringen. Die praktischen Erfahrungen, die wir erst machen, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist, müssen und werden uns zeigen, wie und nach welcher Richtung hin die Arbeitslosenunterstützung auszubauen ist. Der Entwurf darf daher als nichts anderes betrachtet werden, als das was er ist, der Anfang der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands, wenn deren Einführung beschlossen wird. Unangebracht wäre es deshalb, wollte man sich boret in Kleinlichen Berechnungen und Erwägungen des vorliegenden Entwurfes verlieren. Das Zahlenmaterial, welches der Berechnung zu grunde gelegen hat bei Aufstellung des Entwurfes, ist ja in der Begründung, welche der Vorlage beigegeben ist, enthalten. Jeder, der sich der Mühe unterziehen will, kann es also nachprüfen. Doch dürfen wir unserem Zentralvorstand wohl so viel Vertrauen schenken, daß er, bevor er den Mitgliedern den Entwurf unterbreitete, diesen mit bestem Wissen und Gewissen nach allen Seiten hin genügend durchgearbeitet hat.

Will man die Arbeitslosenunterstützung ihrem ganzen Umfange nach würdigen, und ihre Bedeutung für die Arbeiter, insbesondere für uns Zimmerer, richtig erkennen lernen, so muß man diese Frage von einer höheren Warte aus betrachten. Daß es eine Menschenpflicht ist, die Arbeitslosen zu unterstützen — es kann zunächst dahingestellt bleiben, wer sie zu unterstützen hat —, weil sie in den allermeisten Fällen ihre Arbeitslosigkeit selbst verschulden, darüber ist man in Arbeiterkreisen völlig klar. Auch bürgerliche Sozialpolitiker und sonstige Philantropen vertreten diesen Standpunkt. Es kommt jedoch zunächst darauf an, zu untersuchen und festzustellen, welche Wirkung die Arbeitslosenunterstützung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter auszuüben vermag; denn nur unter dem Gesichtswinkel, daß die Lebenshaltung der Arbeiter und die heutige Stellung der Arbeiter im Wirtschaftsleben zum mindesten nicht gefährdet oder auch nur beeinträchtigt wird, ist sie für die Arbeiter diskutabel. Und nicht allein daß bei dem heutigen Stande der Dinge müssen die Arbeiter fortgesetzt beitreten sein, ihre Lebenslage zu heben. Es sind deshalb alle Fragen von wirtschaftlicher und politischer Bedeutung von den Arbeitern auch nach dieser Richtung hin zu prüfen, ehe sie ihr Votum abgeben. Ausnahmslos wird das auch geschehen, wenn es sich, wie im vorliegenden Fall mit der Arbeitslosenunterstützung, um Maßnahmen der Arbeiter oder deren Organisation handelt. Das schließt natürlich nicht aus, daß innerhalb der beteiligten Kreise die Meinungen darüber auseinandergehen, ob eine zu ergreifende Maßnahme oder Neueinrichtung von Vorteil ist oder nicht. Bezüglich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbands gehen die Meinungen der Mitglieder zunächst noch auseinander. In der Hauptsache deswegen, weil ein Teil der Mitglieder von der Unterstützung der Arbeitslosen im Interesse des wirtschaftlichen Kampfes noch nicht durchdrungen ist. Das Einfachste wäre ja nun, so lange zu warten, bis auch jene Kameraden zur Einsicht gekommen sind. Doch es wäre gewissenlos gehandelt von denjenigen, die sich eingehend mit der Frage beschäftigt haben und zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die Unterstützung der Arbeitslosen erfolgen muß, wenn die Organisation ihre Aufgaben auch in Zukunft erfüllen soll, wenn sie mit ihrer Meinung zurückhalten würden. Ob ihre Meinung die richtige ist, darüber wird die Diskussion event. die Abstimmung Aufschluß geben. Voraussetzung ist nur, daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung bei der Diskussion im vollen Umfange aufgerollt wird, und daß die Mitglieder sich in der Beurteilung der Frage nicht von Kleinlichen lokalen Rücksichten oder gar Nebenabsichten leiten lassen. Führen diejenigen Kameraden, welche heute noch Gegner der Arbeitslosenunterstützung sind, den Nachweis, daß es auch ohnedem, und so vielleicht noch besser, geht, dann ist die Situation auch geklärt; das aber muß gefordert werden. Können die Gegner der Arbeitslosenunterstützung die Befürworter derselben nicht widerlegen, und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird trotzdem abgelehnt, so würde das nur beweisen, daß wir noch nicht reif sind, unsere Interessen mit Schärfe und Klugheit zu vertreten. Lassen wir nun, unter Berücksichtigung des Vorhergesagten, die Gesamtsituation unserer Bewegung ins Auge, und gehen wir ferner von der sehr berechtigten Annahme aus, daß unter den heutigen Verhältnissen der Lebenslage der unteren Klasse nur gehoben werden kann durch ein Zusammenwirken der in Frage kommenden Arbeiter, also durch die gewerkschaftliche Organisation, so müssen wir uns zunächst hauptsächlich über folgende Fragen Klarheit verschaffen, ehe wir ein sicheres Urteil abgeben können, darüber, ob die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands einzuführen ist oder nicht:

1. Welche Wirkung vermag die Arbeitslosenunterstützung auf den Bestand und die Ausbreitung des Verbandes auszuüben, und ist dieselbe geeignet, die zukünftige Tätigkeit des Verbandes zu beeinflussen?
2. Wird das Lohn- und Arbeitsverhältnis und die Stellung der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber durch die Arbeitslosenunterstützung beeinflusst, eventuell in welcher Weise?
3. Ist die Arbeitslosenunterstützung geeignet, die Solidarität unter den Arbeitern zu fördern?

Will man auf diese Fragen eine präzise Antwort, so muß vorher noch festgestellt werden, was außerhalb des Rahmens unseres Verbandes, von anderer Seite, in bezug auf die Frage der Arbeitslosenunterstützung geschehen ist. In erster Linie sind es zwei Gewerkschaftskongresse, die sich mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt haben. Der erstere von beiden empfiehlt den Gewerkschaften die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der letzte Gewerkschaftskongress in Stuttgart 1902 erachtet es als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde, die Arbeitslosen zu unterstützen, ohne daß der Unterstützung der Charakter eines Almosen oder Armenunterstützung beigelegt werden kann. Der Kongress fordert bezüglich der Arbeitslosenunterstützung die freie Selbstverwaltung der Arbeiter, unter Gewährung eines Reichszuschusses an die gewerkschaftlichen Organisationen. Die Kosten sollen zu einer Hälfte durch

das Reich gedeckt und zur anderen von den Berufsgenossenschaften aufgebracht werden. Des weiteren fordert der Kongress das Koalitionsrecht für alle Arbeiter, und empfindet den Gewerkschaften abermals die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, und zwar zu dem Zweck, die berufliche und organisatorische Grundlage für die Staatsubvention bezüglich der Arbeitslosenunterstützung zu schaffen. Der letztere Hinweis ist gegenwärtig für uns besonders wichtig; denn nur dann, wenn die Gewerkschaften Einrichtungen für die Unterstützung der Arbeitslosen treffen, läßt sich die Forderung der Staatsubvention aufrecht erhalten. Ein anderer Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung den Krankenkassen anzugliedern und zu diesem Zweck die Beiträge dieser Institute zu erhöhen, wurde abgelehnt. Im September desselben Jahres nahm dann auch der sozialdemokratische Parteitag zur Frage der Arbeitslosenunterstützung Stellung. Er fordert die Arbeitslosenversicherung. Ueber die Modalitäten, unter denen die Versicherung durchgeführt werden soll, befaßt der Beschluß des Parteitages nichts. Ganz im allgemeinen wird gefordert: Heranziehung aller Klassen zur Deckung der Unkosten für die Arbeiterversicherung. Nach den Ausführungen des Referenten geht es ohne eine Beitragsleistung der Arbeiter zur Arbeitslosenunterstützung nicht ab, weil in der deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung der Grundsatz obwaltet: wer an der Verwaltung teilnehmen will, muß auch zur Deckung der Kosten beitragen. Von diesem Standpunkt ausgehend, fordert derselbe Referent auf dem internationalen Kongress zu Amsterdam die Deckung der Kosten durch progressive Besteuerung von Vermögen, Einkommen und Erbschaft, nur für die Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung. Ueber den genannten Kongress haben sich mit der Arbeitslosenunterstützung ferner noch beschäftigt: die neunte Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen, abgehalten zu Hamburg am 6. Oktober 1902, sowie mehrere bürgerliche Kongresse. Die erstere erklärt die Frage der Arbeitslosenunterstützung für noch nicht spruchreif, und fordert die Behörden auf, statistisches Material herbeizuschaffen, als Unterlage für die Beurteilung der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Schon vorher hatte der deutsche Reichstag einen dem Sinne nach gleichlautenden Antrag angenommen. Die Reichsregierung hat sich mit diesem Antrag einverstanden erklärt, und es ist daher zu hoffen, daß er zur Ausführung gelangt. Auch die bürgerlichen Kongresse, soweit sie zur Frage der Arbeitslosenunterstützung Stellung nahmen, behandelten dieselbe rein akademisch; zu irgend welchen positiven Vorschlägen oder bindenden Beschlüssen kam es dabei nicht. Trotzdem fehlt es an Vorschlägen zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht. Verschiedene Sozialpolitiker haben solche der öffentlichen Diskussion unterbreitet. Es sollen hier nur die hauptsächlichsten genannt werden, und zwar:

1. Die Forderung des 4. Gewerkschaftskongresses, die Gewerkschaften zum Zweck der Arbeitslosenunterstützung durch das Reich zu subventionieren.
2. Die Arbeitslosenunterstützung den Krankenkassen anzugliedern.
3. Arbeitslosenversicherung im Anschluß an die reichsgesetzliche Invalidenversicherung.
4. Arbeitslosenversicherung im Anschluß an die Berufs-genossenschaften.
5. Arbeitslosenunterstützung in Verbindung mit dem Arbeitsnachweis.
6. Die Arbeitslosenunterstützung den Unternehmerverbänden zu übertragen.
7. Kommunale Arbeitslosenversicherung.
8. Spargang, dem Arbeiter von seinem verdienten Lohn Abzüge zu machen und sie ihm während seiner Arbeitslosigkeit ratenweise auszuzahlen.

Schon die große Verschiedenheit der Vorschläge läßt erkennen, daß es mit der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenunterstützung noch sehr im argen liegt. Alle die Vorschläge haben nur das Eine gemein, daß sie in absehbarer Zeit nicht zur Durchführung kommen werden. Bei den meisten der Vorschläge scheint das letztere sogar die beste Eigenschaft zu sein. Diese Vorschläge des näheren zu besprechen, ist natürlich hier nicht möglich und auch nicht notwendig; nur soviel sei gesagt: Wenn die Arbeiter nicht von vornherein auf die Verwaltung verzichten wollen, so wird niemals die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden, ohne daß die Arbeiter gezwungen sind, Beiträge zu leisten. Weiter steht fest, daß sich die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenunterstützung in ganz möglichen Grenzen halten wird. Nur zu oft wurde in der Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung hervorgehoben, daß die Unterstützung pro Tag \mathcal{M} 1 nicht übersteigen dürfe, damit das Interesse, Arbeit zu erhalten, nicht verloren gehe. Eine Ausnahme hiervon machte nur die Generalversammlung der Ortskrankenkassen, welche einen Unterstützungsfuß in gleicher Höhe des Krankengeldes forderte. Diese Körperschaft betrachtet die Arbeitslosenunterstützung mehr als ein Mittel, die Krankenkassen zu entlasten. Das würde allerdings nur erreicht werden, wenn die Arbeitslosenunterstützung zum mindesten nicht niedriger wäre als die Krankenunterstützung. Ebenso hielt man es in bürgerlichen Kreisen für notwendig, in der öffentlichen Diskussion immer wieder darauf hinzuweisen, daß den Arbeitern die Wohltat der Arbeitslosenunterstützung allein zu gute komme und diese deshalb auch Beiträge dazu leisten müßten. Soviel läßt sich heute schon mit ziemlicher Sicherheit sagen, wird die Arbeitslosenunterstützung auf gesetzlichem Wege durchgeführt, was vorderhand noch gar nicht abzusehen ist, so können die Arbeiter nicht davon los, Beiträge zu leisten. Die Beiträge dazu werden schließlich nicht viel geringer sein, selbst wenn die Arbeitgeber einen Teil dazu beitragen, als sie heute zu diesem Zwecke in den Gewerkschaften erhoben werden. Der Unterschied besteht dann nur darin, daß die Arbeiter die Beiträge anstatt an ihre Organisation an die staatlichen Institutionen abzuführen haben. Ob dann die volle Selbstverwaltung der Arbeiter, wie sie der Gewerkschaftskongress fordert, durchgeführt wird, ist freilich sehr zu bezweifeln; die volle Selbstverwaltung ist aber für die Arbeiter von allergrößter Wichtigkeit, weil ohne dieselbe die Erwartungen, die die Arbeiter an die Arbeitslosenunterstützung knüpfen müssen, niemals in Erfüllung gehen werden. Ist die volle Selbstverwaltung nicht anders zu erreichen als dadurch, daß die Arbeitslosenunterstützung in den gewerkschaftlichen Organisationen eingeführt wird, so

Ist dies für die Arbeiter immer noch besser als die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung ohne Selbstverwaltung der Arbeiter; besonders dann, wenn die Dinge so liegen, daß es ohne eine Beitragsleistung der Arbeiter, hier wie dort, nicht abgeht.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in München 1902 führte der Referent zum Punkt Arbeiterversicherung unter anderem auch aus, die Arbeiter müßten die Beiträge zur Arbeiterversicherung durch Erhöhung des Lohnes vermöge ihrer gewerkschaftlichen Organisation wettmachen. Der internationale Sozialistenkongreß in Amsterdam hat bezüglich der Arbeiterversicherung einstimmig eine Resolution angenommen, in der folgender Satz enthalten ist: „Es ist Aufgabe der Arbeiter, diesen Lohnverlust — gemeint sind die Beiträge zur Arbeiterversicherung — durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.“ Hier wird also festgestellt, daß die Arbeiter in der Lage sind, diese Belastung durch ihre gewerkschaftliche Organisation aufzuheben. Wenn das also möglich ist, dann dürfte es aber nicht nur zutreffen auf den Teil der Beiträge, den die Arbeiter direkt leisten, sondern auch auf den Teil der indirekt von ihnen geleistet wird, es sind das die Beiträge, die von den Unternehmern gezahlt werden. Daß der Beitrag, den der Unternehmer zur Arbeiterversicherung leistet, ein Teil des Lohnes der Arbeiter ist, wird zwar von dem Unternehmer bestritten; aber es ist trotzdem so.

Diese Auffassung vertrat selbst der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Hödler. Auf der internationalen Arbeiterschulungskonferenz erklärte er rund heraus: „Die Beiträge der Unternehmer zur Arbeiterversicherung sind nichts weiter als ein fester Bestandteil des Lohnes der Arbeiter.“ Ein fester Bestandteil des Lohnes der Arbeiter werden die Beiträge zur Arbeiterversicherung aber immer sein und bleiben, ob sie vom Arbeiter direkt, oder indirekt vom Arbeitgeber gezahlt werden. Wichtig genommen müssen also alle Beiträge zur Arbeiterversicherung von den Arbeitern getragen werden, gleichviel ob direkt oder indirekt. Das wird schließlich auch bei der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenunterstützung der Fall sein. Liegt die Sache so, und besteht ferner die Möglichkeit, diese Belastung durch Erhöhung des Lohnes auszugleichen, so muß natürlich die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenunterstützung jedweden Reiz für diejenigen Arbeiter verlieren, denen das Koalitionsrecht gesetzlich gewährt ist. Ein Vorteil kommt für sie dabei nicht heraus, die Kosten müssen die Arbeiter so oder so allein auf ihre Schultern nehmen. Dagegen ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter verloren geht, sobald die Arbeitslosenunterstützung gesetzlich geregelt wird. Die volle Selbstverwaltung ist aber besonders für jene Arbeiterkategorien unentbehrlich, die in der Arbeitslosenunterstützung ein gewerkschaftliches Kampfmittel erblicken; diese werden unter den obwaltenden Umständen gut tun, recht bald die Arbeitslosenunterstützung auf gewerkschaftlicher Grundlage einzuführen. Ob die Arbeitslosenunterstützung ein Kampfmittel für unsere Bewegung ist, ergibt sich aus der Beantwortung der aufgeworfenen Spezialfragen.

Soll eine Neuerung in der Organisation eingeführt oder die Aufgaben derselben erweitert werden, so ist es ganz selbstverständlich, daß in erster Linie geprüft wird, welche Wirkung eine solche Neuerung auf den Bestand und die Ausbreitung der Organisation auszuüben vermag. Es ist das um so mehr notwendig, wenn wir bei uns, ein verhältnismäßig großer Prozentsatz der Berufsgenossen der Organisation noch fernsteht. Nun ist aber nicht gut anzunehmen, daß ein Mitglied aussteht, weil er oder ein anderer eine Unterstützung von seiner Organisation erhält, wenn er arbeitslos wird. Vielmehr dürfte dieser Umstand dazu beitragen, die Kameraden der Organisation zuzuführen, und sie mehr als bisher an dieselbe zu fesseln. Etwas anders liegt es mit der Beitragserhöhung, die sich infolge der Einführung der Arbeitslosenunterstützung notwendig macht. Beitragserhöhung gefällt selten und ruft immer Widerspruch hervor. Verfehlt wäre es aber, wollte man daraus den Schluß ziehen, daß diejenigen Mitglieder, welche vorher widersprachen, aus der Organisation ausstehen, wenn trotz ihres Widerspruches eine Sache beschlossen wird. Im letzten Jahrzehnt sind in unserem Verbände, wie in fast allen gewerkschaftlichen Organisationen, die Beiträge wiederholt erhöht worden, weil der wirtschaftliche Kampf dies dringend erforderte. Die Mitgliederzahl ist aber nicht geringer geworden, sondern sie ist, man könnte fast sagen in demselben Maße gewachsen wie die Beiträge. Es ist das auch ganz erklärlich; die Organisation kann die Interessen der Mitglieder viel wirkungsvoller vertreten, wenn ihr die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Das Prestige der Organisation nimmt dadurch zu und das Vertrauen der Berufsgenossen zu derselben wird immer mehr befestigt. Eine Beitragserhöhung ist aber nicht ausgeschlossen, auch wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt wird. Der Kampf ist unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen einmal nicht zu vermeiden, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß er in Zukunft an Schärfe nicht ab-, sondern zunehmen wird. Auch liegt es nicht in unserer Hand, den wirtschaftlichen Kampf in bestimmte Formen zu zwingen, wir müssen ihn führen, wie er uns aufgedrungen wird. Eine bekannte Tatsache ist es, daß wir noch vor etlichen Jahren in sehr vielen Orten in Deutschland um Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen mußten, die in früheren Jahren schon bestanden hatten, inzwischen aber bedeutend herabgedrückt wurden, und heute noch kommt es vor, daß sich die Kameraden im Sommer anstrengen müssen, um das zurückzuerobieren, was sie im Winter verloren haben. Wenn das in den letzten Jahren nicht so sehr in die Erscheinung getreten ist, so deswegen, weil wir im ganzen Reiche eine ziemlich gute Bautätigkeit zu verzeichnen hatten. Zeiten mit ihren schrecklichen Folgen, wie wir sie in den Jahren 1874 bis 1882, und 1890 bis 1896 erlebt haben, sind nicht für immer verschwunden. Wenn in früheren Perioden absteigender Konjunktur die Löhne um 40 pZt. teilweise sogar um 50 pZt. zurückgingen, und die übrigen Arbeitsbedingungen sich geradezu jämmerlich gestalteten, so braucht man sich darüber nicht zu wundern. Gefämpft wurde von Seiten der Arbeiter so gut wie gar nicht. Gerade zu jenen Zeiten wäre es aber sehr notwendig gewesen, sich mit aller Kraft gegen die fortgesetzte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu wehren, doch es geschah

auf der ganzen Linie nichts. Während einer wirtschaftlichen Krise sind die Arbeiter machtlos, und müssen alles über sich ergehen lassen; das war damals der Weisheit letzter Schluß. Die Arbeiter glaubten ihre Interessen am besten zu wahren, wenn sie der Organisation fern blieben, die paar Pfennige Beitrag sparten und im übrigen die Gunst ihrer Arbeitsherren zu erschaffen suchten. Die letzte Krise hat nun zwar die Auffassung, daß die Arbeiter während einer solchen unbedingt alles über sich ergehen lassen müssen, widerlegt; indessen ist es nicht zu leugnen, daß der Kampf während einer wirtschaftlichen Depression ungleich schwieriger für die Arbeiter ist. Ausbleiben werden wirtschaftliche Krisen in Zukunft nicht, darüber gebe man sich keiner Illusion hin. Wollen wir uns dann wieder das Fell ruhig über die Ohren ziehen lassen? Wenn nicht, so muß etwas geschehen, und zwar bei Zeiten. Keinem Kameraden dürfte es gleichgültig sein, wenn in ähnlicher Weise wie in früheren Jahren der Lohn gekürzt wird. Doch wir haben ja Tarifverträge, die schützen uns doch vor willkürlichen Lohnreduktionen, kann hier eingewandt werden. Wo solche zur Zeit bestehen, mag dies zutreffen. Von den zirk 560 Zahlstellen, die unser Verband gegenwärtig zählt, stehen aber nur rund 160 Zahlstellen im Vertragsverhältnis, die übrigen müssen sich so behelfen. Auch kann nicht angenommen werden, daß die Tarifverträge für alle Zeiten halten werden, es scheint dies vielmehr nur eine Etappe im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter zu sein. Die Gegenläufe zwischen Kapital und Arbeit nehmen ja nicht ab, sondern zu. Es erscheint deshalb fast ausgeschlossen, daß man sich dauernd mit Tarifverträgen wird abfinden können. Für Berlin scheint der Vertrag zur Zeit sogar sehr auf der Spitze zu stehen; doch wir wollen das Beste hoffen. Jedenfalls wäre es sehr verfehlt, wollte man im Glauben an die Tarifverträge den Ausbau und die Kräftigung der Organisation unterlassen. Wie aber wollen oder können wir in ungünstigen Zeiten unsere Interessen wahren, d. h. verhindern, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen herabgedrückt werden. Dem vorzubeugen, gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder, wir suchen die Arbeitslosen widerstandsfähiger zu machen, damit sie nicht auf den ersten Ruck dem Unternehmer zu Füßen fallen, oder wir müssen zu jeder Zeit und unter allen Umständen die Arbeit dort einstellen, wo versucht wird, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu reduzieren. Wollte man lediglich das letztere Mittel in Anwendung bringen, so erfordert das natürlich größere Aufwendungen. Bei den jetzigen Beiträgen ließe sich eine solche Kampfweise nicht durchführen; denn eventuell müßten Arbeitseinstellungen selbst im Winter erfolgen, und darüber hinaus aufrecht erhalten werden, was sich vielleicht gar nicht so selten als nötig erweisen dürfte. Eine Beitragserhöhung wäre also auch hier die notwendige Folge. Sicher würde eine derartige Kampfweise wesentlich aufhalten; und wenn es sein müßte, dürften wir selbst vor einer Beitragserhöhung um das Doppelte nicht zurückzureden. Gegenüber einer Lohnreduktion von 20 bis 30 pZt., was einem wöchentlichen Lohnverlust von sechs bis neun Mark gleichkommen dürfte, der uns während einer wirtschaftlichen Depression sicher bevorsteht, wenn wir uns nicht dagegen wehren, würde das bei weitem das kleinere Übel sein, selbst dann noch, wenn es uns nicht immer gelingen sollte, die Hebergriffe der Unternehmer zurückzuweisen. Doch selbst, wenn wir mit äußerster Anstrengung den Kampf auf diese Weise führen wollten, würde er nicht immer von Erfolg gekrönt sein, auch läßt er sich überall so ohne weiteres nicht anwenden. Der Arbeitgeber fest ja den Lohn nicht für alle Arbeiter gleichmäßig und mit einem Male herab; das geht gewöhnlich so ganz im Stillen vor sich, ohne daß der eine Arbeiter weiß, wie es um den anderen bestellt ist. Sind aber die Lohn- und Arbeitsbedingungen erst herabgedrückt, so lassen sie sich in einer ungünstigen Wirtschaftperiode nicht so leicht wieder aufhebern. Es ist deshalb auch viel richtiger, daß niemand erst die Arbeit zu geringeren Bedingungen aufnimmt. Das ist jedoch nur zu erwarten, wenn man den Arbeitslosen nicht wie bisher, seinem Schicksal überläßt, sondern sich darum kümmert, ob er den auf ihm lastenden Druck auch wirklich standhalten kann. Erhält der Arbeitslose in Zukunft eine Unterstützung, die es ihm ermöglicht, sich über Wasser zu halten, so wird er die Arbeit nicht so leicht zu geringeren Bedingungen annehmen; denn, daß er sich und seine Mitarbeiter dadurch schädigt, weiß auch der Unausgeklärteste. Die Organisation hat, wenn sie den Arbeitslosen unterstützt, aber auch ein Recht, von ihm zu verlangen, daß er die Arbeit nur zu den jeweilig geltenden Bedingungen annimmt. Heute hat sie ein solches Recht nicht, weil sie sich um den Arbeitslosen nicht kümmert. Nach alledem dürfte die Unterstützung der Arbeitslosen ein wirksameres und vielleicht auch billigeres Mittel sein, um zu verhüten, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen während einer ungünstigen Wirtschaftperiode schrankenlos herabgesetzt werden, als die oben bezeichnete Kampfweise; ausgeschlossen wird die letztere durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht, wo es sein muß, kann sie trotzdem noch angewandt werden.

Nach in anderer Hinsicht ist die Arbeitslosenunterstützung ein wertvolles Kampfmittel. In Kreisen der Arbeitgeber spielt die Frage der Arbeitsvermittlung seit einiger Zeit eine große Rolle. Das Bestreben geht dahin, den Arbeitsnachweis zu einem Kampfmittel der Arbeitgeber zu machen. Daß der Arbeitsnachweis eine wirksame und leicht handliche Waffe im wirtschaftlichen Kampfe ist, wissen die Arbeitgeber sehr genau, sie wollen deshalb auch den paritätischen Arbeitsnachweis nicht. Gelingt es ihnen, sich die Herrschaft über die Arbeitsvermittlung zu sichern, so gestaltet sich für uns der Kampf natürlich bedeutend schwieriger. Die Arbeitgeber wollen den Arbeitsnachweis ja nicht, um den Arbeitern die Beschaffung von Arbeit zu erleichtern, sondern nur zu dem Zweck, eine genaue Kontrolle über alle Arbeiter zu bekommen. Wer sich dann in irgend einer Weise mißliebiger gemacht, dem wird das Hungertuch umgehängt. In erster Linie werden diejenigen davon betroffen werden, die für die Rechte und Interessen der Arbeiter eintreten, aber auch der, welcher nach Ansicht des Unternehmers nicht genug leistet, oder wer sich sonst aus irgend einem Grunde die Gunst desselben verschert, wird nicht davon verschont bleiben. Genug, das bischen wirt-

schaftliche und geistige Freiheit der Arbeiter würde durch solche einseitige Einrichtungen der Arbeitgeber ganz gewaltig unterbunden werden. Ein nie wieder gut zu machender Fehler wäre es, wollten wir uns demgegenüber passiv verhalten. So wie die Dinge zur Zeit liegen, läßt sich den Bestrebungen der Arbeitgeber auf diesem Gebiete nur entgegenwirken, indem die Arbeiter versuchen, durch ihre Organisation Einfluß auf die Arbeitsvermittlung zu bekommen. Ohne Arbeitslosenunterstützung wird sich in unserem Gewerbe ein brauchbarer Arbeitsnachweis aber kaum schaffen lassen. Daß wir der Sache auf anderem Wege nicht beikommen können, zeigt uns der diesjährige Kampf an der Unterweser. Die Arbeitgeber wollten ihren Arbeitsnachweis unterschreiben, von unseren dortigen Kameraden anerkannt wissen; als dies aber abgelehnt wurde, erfolgte die Aussperrung. Der Kampf ist bekanntlich zu unseren Ungunsten verlaufen; aber selbst, wenn er ein anderes Resultat gezeitigt hätte, geändert wäre wenig an der Sachlage. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer würde trotzdem bestehen, und bei passender Gelegenheit würde die Benutzung desselben durch die Arbeitgeber erzwungen werden. Aus den angestellten Erwägungen ergibt sich, daß unsere Organisation weiter ausgebaut werden muß, wenn wir verhindern wollen, daß uns künftig größere Nachteile entstehen; zugleich geht auch daraus hervor, in welcher Weise dies am besten geschehen kann. Ohne jede Erhöhung des Beitrages geht das nun einmal nicht ab, wir können es anstellen wie wir wollen. Führen wir die Arbeitslosenunterstützung ein, so dürfte die damit verbundene Beitragserhöhung noch am leichtesten getragen werden, weil alle Mitglieder ohne Ausnahme damit zu rechnen haben, von dieser Unterstützung Gebrauch machen zu müssen. Es ist deshalb auch nicht zu befürchten, daß ein größerer Teil Mitglieder, als dies alljährlich geschieht, aus dem Verbände aussteht, wenn die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen wird. Es sei denn, daß sie in Zukunft den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet überhaupt nicht mehr mit dem nötigen Nachdruck führen wollen. Dafür liegen aber keine Anzeichen vor. Näher liegt dagegen die Möglichkeit, daß die Kameraden ihre Mitgliedschaft nicht mehr so leicht veräußern werden, wenn ihnen eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit vom Verband statutarisch gesichert ist, und manch einer, der sich bisher nicht hat anschließen können, dem Verbände beizutreten, wird es aus diesem Grunde tun. Für den Bestand und die Ausbreitung des Verbandes kann die Arbeitslosenunterstützung also nur förderlich sein. Der Verband wird an innerer Kraft und Festigkeit gewinnen und seine Tätigkeit wird dadurch nur im positiven Sinne und zu Gunsten der Mitglieder beeinflusst werden.

Was die zweite Frage anlangt, so steht ohne weiteres fest, daß die heutige Stellung des Arbeiters im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben durch die Unsicherheit seiner Existenz sehr beeinträchtigt wird. Die ständige Gefahr, seine Arbeit zu verlieren, läßt den Arbeiter seines Lebens nie recht froh werden. Wöchentlich, ja täglich droht ihm die Entlassung; wird dieselbe zur Tat, was sehr häufig vorkommt, so weiß er nicht, wann er wieder Arbeit findet. Ein geordnetes Budget zu führen, ist der Arbeiter nie in der Lage; sobald er seine Arbeit verliert, wird jede Kalkulation über den Haufen geworfen. Der Boden schwankt fortwährend unter seinen Füßen. Sein Auftreten wird unsicher, er fühlt sich abhängig, gedrückt und beengt. Hat er Familie, so sind die Sorgen um so größer. An eine geistige Erholung oder gar Weiterbildung ist unter solchen Umständen nicht zu denken. Sein ganzes Fühlen und Denken wird von der Sorge um die Existenz beherrscht, und so mancher bricht unter dieser Last zusammen. Alle die Erscheinungen, denen wir in Arbeiterkreisen begegnen, wie Trunksucht, Verrohung, Entfittlichung, physische und moralische Verkommenheit, schlechtes Familienleben usw., über die man in besser gestellten Kreisen nicht genug herziehen kann, finden ihre Wurzel hauptsächlich in der Unsicherheit der Existenz. Man gebe dem Arbeiter eine sichere und auskömmliche Existenz, und diese Erscheinungen werden bis auf ein Geringes zurückgehen. Doch daran ist nicht zu denken. Man hält sich über diese Dinge auf, rümpft die Nase, und läßt im übrigen alles beim alten. Eine Beseitigung dieser traurigen Zustände ist von der besitzenden Klasse nicht zu erwarten. Diese keineswegs leichte Aufgabe muß die Arbeiterklasse selbst erfüllen. Es erfordert dies einen scharfen und langwierigen Kampf. Doch er muß und wird geführt werden. Aber auch jene Erscheinungen in unseren Reihen, die wir selbst so sehr beklagen und beurteilen: Liebedienerei, Schmarokerei, gegenseitiger Haß und Neid usw., finden ihre Erklärung fast ausschließlich in der unsicheren Existenz. Daß diese Untugenden in unseren Kreisen vorhanden sind, ist nicht zu leugnen, aber niemand wird behaupten wollen, daß dies angeborene Schlechtigkeit ist. Die Arbeiter wenden leider solche Mittel an zu dem Zweck und in dem Glauben, sich vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Freilich hat das nur selten den gewünschten Erfolg, sehr viele denken aber so und handeln demgemäß. Schließlich macht es einer dem anderen nach und es wird zur Gewohnheit. Die meisten Arbeiter erblicken auch heute noch in dem Arbeitgeber ihren Herrn und Meister, der über ihr Schicksal zu verfügen hat. Bis zu einem gewissen Grade trifft dies ja auch zu, denn die Entscheidung darüber, wann einer in Arbeit tritt, oder wenn er aus der Arbeit entlassen wird, ruht fast immer in den Händen der Arbeitgeber. In einem Gewerbe wie das unsrige, wo alljährlich eine große Zahl von Einstellungen und Entlassungen vor sich gehen, wird das jedem einzelnen von uns leider nur zu oft zu Gemüte geführt. Die Arbeiter wissen das sehr genau und rüsten sich danach. Recht drastisch findet diese Tatsache so manchemal ihre Bestätigung durch Aussprüche von Kameraden, die sie machen, wenn sie in dieser oder jener Beziehung gegen die Beschlüsse der Organisation verstoßen haben, und dieseshalb rekrutiert werden, wie z. B.: „Ach, was, Ihr gebt mir nichts, wenn ich rausgeworfen werde und mit meiner Familie Hunger leiden muß.“ So mancher Kamerad, den wir wegen seiner verräterischen Handlungsweise verurteilen müssen, wird häufig erst durch die Ungunst der Verhältnisse zum Streikbrecher und Verräter an unserer Sache gemacht. Böser Wille ist das nicht immer. Alles das dürfen wir nicht so ohne weiteres bei Seite liegen lassen, ohne uns etwas dabei zu denken. Denkt man aber darüber nach, so wird man finden, daß diese

traurigen Zustände einzig und allein in der Furcht vor Arbeitslosigkeit begründet sind. Sollte sich da nicht eine Besserung erzielen lassen, wenn wir in Zukunft dem Arbeitslosen eine Unterstützung gewährleisten, so daß Arbeitslosigkeit nicht mehr gleichbedeutend mit völliger Existenzlosigkeit für ihn ist? Ohne Zweifel wird sich nach und nach eine Wandlung zum Besseren vollziehen, wenn die Arbeitslosen unterstützt werden. Während der Arbeiter sich heute zum Arbeitgeber hingezogen fühlt, wird er dann seinen Rückhalt mehr in der Organisation suchen und finden. Sein Auftreten gegenüber dem Arbeitgeber, wie im öffentlichen Leben überhaupt, wird ein anderes, ein sicheres werden. Er wird sich nicht mehr so abhängig, beengt und unfrei fühlen, seine Menschenwürde wird in ihm erwachen, und so manches, was wir heute beklagen, wird aus unseren Reihen verschwinden. Auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen kann eine solche Veränderung aber niemals nachteilig für uns einwirken.

Das Wort Solidarität wird heute in den Kreisen der Arbeiter viel gebraucht, und der Sinn des Wortes hat für sie zweifellos eine große Bedeutung; nur wenn die Arbeiter, und im engeren Sinne die Berufsgenossen, die weitestmögliche Solidarität üben, wird es ihnen möglich sein, ihre wirtschaftlichen Interessen mit Erfolg zu verteidigen. Dem Begriff, der mit dem Wort Solidarität bezeichnet wird, sind jedoch in Arbeiterkreisen noch ziemlich enge Grenzen gezogen; häufig versteht man nicht viel mehr darunter, als eine hübsch gehaltene Sympathieerklärung. In manchen Fällen mag dies ja genügen, im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter läßt sich aber unter den heutigen Verhältnissen nicht allzuviel damit anfangen. Hier darf die Solidarität nicht nur in wohlgemeinten Erklärungen oder in einer zwar faktischen aber unbestimmten Leistung bei dieser oder jener Gelegenheit zum Ausdruck kommen. „Einer für alle und alle für einen, mit Herz und mit Hand.“ Dieser Grundsatz muß im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter uneingeschränkt zur Geltung kommen. Freilich ist dazu notwendig, daß der Kreis der Interessenten und das Interessengebiet derselben bestimmt umschrieben wird, erst dann läßt sich dem Begriff Solidarität eine festere Bedeutung unterlegen. In Bezug auf den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter ist der Kreis der Interessenten heute ja ziemlich genau abgegrenzt. Die Arbeiter haben sich beruhsweise zusammengesetzt, weil sie unter den gegebenen Umständen ihre Interessen auf wirtschaftlichem Gebiet so am besten wahrnehmen können. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Arbeiter über die Grenzen des Berufs hinaus keine gemeinschaftlichen Interessen mehr haben. Solche gemeinschaftliche Interessen sind in mannigfacher Weise vorhanden, und sie werden, soweit sie auf wirtschaftlichem Gebiet liegen, durch harmonisches Zusammenwirken aller Gemeindefunktionen vertreten. Im übrigen aber durch selbständige Betätigung der Arbeiter auf politischem Gebiet. Der eigentliche Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist zunächst Aufgabe der Berufsgenossen selbst. Von Anfang an hat sich die moderne Arbeiterbewegung derartig gruppiert und nicht zuletzt deswegen, weil so die solidarischen Pflichten am besten festgelegt werden können. Im allgemeinen bewegen sich die Interessen der Arbeiter ja in ein und derselben Richtung; aber die beruflichen Eigenartigkeiten spielen im wirtschaftlichen Kampf eine nicht unbedeutende Rolle und daraus ergeben sich dann auch verschiedene solidarische Pflichten. Das Gebiet der gemeinschaftlichen Interessen einer Berufsgruppe ist zwar an sich ein einheitliches, indessen auch hier gibt es diverse Unterschiebe, die teils in den lokalen, teils in den persönlichen Verhältnissen des einzelnen ihre Ursache haben. Aus diesen differierenden Interessen heraus entstehen dann die Schwierigkeiten, denen wir häufig begegnen bei Festsetzung der solidarischen Pflichten, und sie geben auch die Erklärung dafür, weshalb in manchen Berufen die Solidarität in recht mangelhafter Weise geübt wird. In unserem Verbande hatten die Mitglieder solidarisch bei Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Prozessen, soweit sie dem Arbeitsverhältnis und der Richtigkeit des Verbandes entsprangen, für verbranntes Handwerkszeug, und außerdem gehöhren wir den auf der Reise befindlichen Kameraden im Winter eine Unterstützung. Letztere Unterstützung kann wohl weniger als eine solidarische Handlungsweise bezeichnet werden, sie entspricht vielmehr Zweckmäßigkeitsgründen. Dagegen sind die zuerst genannten Unterstützungen nichts anderes, als ein Umlagen der Kosten und der momentanen Nachteile, wozu ein einzelner oder ein Teil der Kameraden betroffen wird, auf die Gesamtheit der Mitglieder. Ohne eine solche Solidarität wäre eine Interessenvertretung absolut unmöglich. Im vollen Umfange werden zwar die Verluste, die den Beteiligten vorübergehend entstehen, durch Streik, Aussperrung und Maßregelung nicht ersetzt, doch gleicht sich das zum Teil aus, indem abwechselnd so ziemlich alle einmal an die Reihe kommen. Notwendig ist aber, daß sich die Unterstützung in der Höhe bewegt, daß die Kameraden notdürftig davon existieren können. Die Gemeindefunktionen kommen leider recht häufig nicht zu ihrem Recht, weil Maßregelungen zumeist in einer verdeckten Weise vor sich gehen. Außer diesen Vorkehrungen gibt es jedoch noch Dinge im Leben des Arbeiters, die ihn in seiner wirtschaftlichen Existenz beeinträchtigen und gefährden. Wird der Arbeiter durch Unfall, Krankheit, Notstand in der Familie, Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit heimgesucht, so kommt er in wirtschaftlicher Beziehung zurück, seine Widerstandskraft wird in jeder Hinsicht gebrochen. Ohne Einfluß auf die Vertretung der Gesamtinteressen bleibt das natürlich nicht. Bei Alter, Invalidität und Krankheit sind die Arbeiter ja gesetzlich gezwungen, sich gegenseitig beizustehen, und wenn diese Unterstützung auch nicht ausreichend ist, so kann dieses Gebiet doch vorerst für uns nicht in Frage kommen. Die Nachteile, welche durch die Arbeitslosigkeit entstehen, hat dagegen der Arbeiter in unserem Gewerbe auch heute noch allein zu tragen, und diese sind nicht unbedeutend. Die Solidarität auf diesem Gebiet auszuüben, ist durchaus notwendig, nicht allein um die Widerstandskraft der Kameraden im allgemeinen zu heben, auch, um die Mitglieder in ihrem Denken und Fühlen näher zu bringen. Wer wollte es leugnen, daß sich die Kameraden manches Mal noch fremd, wenn nicht gar feindselig gegenüberstehen; das muß und wird schwinden, wenn wir das Band der Soli-

darität in unseren Kreisen immer mehr befestigen. Nemehr wir in Zukunft solidarisch fühlen, denken und handeln, um so mehr wird unsere Bewegung an innerer Kraft gewinnen, und unsere Organisation wird uns alle Zeit eine sichere Stütze im Kampf ums Dasein sein. Diesem Ziel dürften wir ein hübsches Stück näher kommen, wenn wir die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf der nächsten Generalversammlung beschließen.

Prüft man die in Frage stehende Angelegenheit nach allen Seiten hin gewissenhaft, so wird man zu dem Schluß gelangen, daß unser Verband weder in seinem Bestand noch in seinen Wirkungen in irgend einer Weise beeinträchtigt wird durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung; der Kampfescharakter unserer Organisation wird dadurch nicht abgeschwächt, sondern gehoben. Ebensovonnig wird die Stellung der Mitglieder im heutigen Wirtschaftsleben ungünstig dadurch beeinflusst. Die Frage ist also im positiven Sinne zu beantworten. Schwierigkeiten bestehen nur in verwaltungstechnischer Hinsicht; diese aber werden mit Leichtigkeit überwunden, sobald ein Teil der Mitglieder die Abneigung gegen etwas größere Opfer für die Bewegung überwunden hat.

Dem Referat folgte eine rege Diskussion, in welcher von 17 Rednern 11 für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eintraten. Nachdem noch der Referent in seinem Schlußwort auf die Ausführungen der einzelnen Redner eingegangen war, erfolgte nach einigen persönlichen Bemerkungen Schluß der Versammlung.

In einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Cöln am 13. Dezember wurde die Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung fortgesetzt. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden und Verlesung des Protokolls von der Versammlung am 22. November, in der Kamerad Bringmann referierte, wurde die Diskussion eröffnet. Als erster Redner sprach Kamerad Schlotmann, der in überzeugender Weise für die Einführung eintrat. Jeder Kamerad, der solidarisch denkt und fühlt, müsse sich für diese Einrichtung erklären, unbekümmert um die Beitragserhöhung, die eben untermehdlich sei. Ihm trat Kamerad Romberger entgegen, indem er ausführte, daß für die Zahlstelle Cöln eine Notwendigkeit zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht vorliege. Die Cölnner Zimmerer hätten mit einer Arbeitslosigkeit nicht zu rechnen, außerdem sei aber auch der Entwurf des Zentralvorstandes unannehmbar. Die in diesem vorgesehenen Beiträge seien zu hoch, die Unterstützungssätze zu gering und die Karenzzeit zu lang. Kamerad Dreptau stimmte den Ausführungen Rombergers zu. Nach seiner Ansicht sei der ganze Entwurf nur gemacht, um der Zentralkasse mehr Geld zuzuführen. Kamerad Gehlmann sprach ebenfalls gegen die Einführung; unter allen Umständen sei eine Urabstimmung vorzunehmen; die Generalversammlung habe nicht das Recht, die Einführung zu beschließen. Kamerad Kiebus wies an der Hand eines reichlichen Materials die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung nach und appellierte an die Versammlung, für dieselbe einzutreten. Dafür sprachen noch Klein, Geslach und Winter. Letzterer wies besonders darauf hin, daß diejenigen Kameraden, die erklärt hätten, Gegner der Arbeitslosenunterstützung zu sein, sich in einem dauernden Arbeitsverhältnis befinden, jahrelang bei ihrer Firma in Arbeit stehen und deshalb für die Einführung nicht zu haben seien. Ein anderer Redner machte den Vorschlag, um einem Mitgliederverlust vorzubeugen, die Arbeitslosenunterstützung fakultativ, und nicht obligatorisch einzuführen. Gegen die Einführung sprachen dann noch eine Anzahl Redner. Nach etwa zweistündiger Diskussion gelangte sodann ein Antrag auf Vornahme der Abstimmung zur Annahme. Damit war ein weiterer Antrag, die ganze Angelegenheit einer Kommission zu überweisen und später die Beratungen wieder aufzunehmen, erledigt. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurden nur 14 Stimmen für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgegeben.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle Kirchheim u. Teck fand am 11. Dezember statt. Das Referat hatte Kamerad Veiel-Stuttgart übernommen, der den Anwesenden in trefflichen Ausführungen die Notwendigkeit wie auch die Vorteile der Arbeitslosenunterstützung darlegte. Sämtliche Redner sprachen im Sinne des Referenten. In der Abstimmung erklärten sich alle mit der Einführung einverstanden.

Am 15. Dezember sprach in Liegnitz Kamerad Schmidt-Breslau über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Er erläuterte alle Vorteile, die eine solche Einrichtung bietet, beleuchtete aber auch ihre Schattenseiten. Seine Ausführungen wurden lebhaft diskutiert. Für die Einführung sprach Kamerad Gleininger, dagegen die Kameraden Hiller und Kleffer. Kamerad Häzler ist der Ansicht, daß die auf dem Lande wohnenden Kameraden nach dem jetzigen Entwurf benachteiligt würden. Er wurde vom Vorsitzenden überlegt. Die hierauf vorgenommene Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurden abgegeben 25, dagegen 15 Stimmen.

Die Mitglieder der Zahlstelle Hagenow erklärten sich in einer Versammlung am 17. Dezember gegen die Arbeitslosenunterstützung, weil „in einer so kleinen Stadt nicht leicht jemand arbeitslos wird, und wenn es vorkommt, sich jeder andere Gelegenheitsarbeit sucht“. Die Kameraden fürchten, daß bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Unterstützung in Anspruch genommen und Arbeit nicht gesucht würde. Die auf dem Lande wohnenden Kameraden machen sich im Winter bei der Beforgung ihrer Ackerwirtschaft und ihres Viehes Beschäftigung, und diese würden niemals für eine Unterstützung zu haben sein, weil sie ja davon doch keine Vorteile hätten.

In einer Mitgliederversammlung in Ahrensböck sprach Kamerad Lemm-Riel über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In der Diskussion sprachen sich einige Kameraden für, andere gegen dieselbe aus. Die Beratung soll in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden.

Die Zahlstelle Eisenberg nahm am 17. Dezember Stellung zur Arbeitslosenunterstützung. Nachdem der Vorsitzende in kurzen Worten auf die Notwendigkeit derselben hingewiesen, sprachen sich die Kameraden in ihrer Mehrheit für die Einführung aus.

In Glogau referierte am 14. Dezember Kamerad Schwob-Breslau. Aus dem Bericht über diese Versammlung geht hervor, daß wenig Neigung für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorhanden ist. Das zeigte auch die Abstimmung, in der 12 Stimmen für und 61 gegen die Einführung abgegeben wurden.

Die Zahlstelle Mühlhausen i. L. h. befaßte sich am 10. Dezember mit dieser Frage. Ein Referat des Kameraden Rudloff-Erfurt wurde mit Beifall aufgenommen. Nachdem das Für und Wider hinreichend erörtert war, gelangte eine Resolution zur Annahme, des Inhalts, daß die Arbeitslosenunterstützung zur Kräftigung unseres Verbandes wesentlich beizutragen im stande ist.

Die Zahlstelle Sebalbsbrück hielt am 18. Dezember eine Versammlung ab. In das Referat des Kameraden Steffen-Bremen schloß sich eine rege Diskussion. Die Anwesenden drückten sich dafür aus, daß bei der jetzt am Orte bestehenden Beitragsleistung von 80 % pro Woche (20 % höher als der Stundenlohn) die Zahlstelle in der Lage sei, ohne irgend welche Schwierigkeiten ihren Delegierten zur Generalversammlung zu beauftragen, für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu stimmen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen.

In Vegesack tagte ebenfalls am 18. Dezember eine Mitgliederversammlung, wo Kamerad Steffen-Bremen in längeren Ausführungen die Gründe darlegte, die unsere Organisation zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung drängen. In der Diskussion sprach der meiste Redner für die Einführung. Mit Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung wurde jedoch beschloffen, die Diskussion abzubrechen und in der nächsten Versammlung fortzusetzen.

Eine Versammlung in Osterholz-Scharmbeck am 18. Dezember war nur sehr schwach besucht. Als Referent war Kamerad Kaspar-Bremen erschienen. Die Anwesenden beschloffen, die Arbeitslosenunterstützungsfrage in der nächsten Versammlung, am 8. Januar, nochmals zu besprechen. Sie verpflichteten sich, für guten Besuch derselben Sorge zu tragen.

In einer allgemeinen Zimmererversammlung für Schliersee, Hausham und Wiesbach, die am 18. Dezember im Gasthaus „Zum Vieder“ in Hausham stattfand, sprach Kamerad Kemmer-München über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Er erläuterte zunächst die Motive, die die Organisation dazu drängen, diese Einrichtung zu schaffen und unterzog dann den Entwurf, der in Nr. 48 des „Zimmerer“ veröffentlicht ist, einer eingehenden Erörterung. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. In der Diskussion äußerten sich auch Angehörige anderer Organisationen, die die Arbeitslosenunterstützung schon haben, nur Lobend über diese Einrichtung. Nicht ein Mitgliederverlust sei eingetreten, sondern die Organisationen seien groß und mächtig geworden. Die Abstimmung ergab die Zustimmung der Mitglieder zu der Einführung.

Die Zahlstelle Crefeld nahm am 18. Dezember zur Arbeitslosenunterstützung Stellung. Nach einem Vortrage des Kameraden Janßen-Düsseldorf und einer recht ausgiebigen Diskussion wurde mit 62 gegen 5 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Zimmerer Crefelds erkennen in der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband eine Befestigung der Organisation bei Lohnkämpfen und weisen die Ansicht der Gegner, die Einführung derselben werde den Kampfescharakter abschwächen, energisch zurück. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung den arbeitslosen Kameraden zum wenigsten über die größte Not hinweggeholfen wird, dann aber auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Orten wirksamer als bisher verbessert werden können.“

Eine Versammlung in Ludenwalde, die am 18. Dezember stattfand, stimmte nach einem trefflichen Vortrage des Kameraden Reimann-Berlin mit 13 gegen 8 Stimmen für die Einführung zu.

In Waldenburg i. Schl. sprach in einer Versammlung am 14. Dezember Kamerad Schmidt-Breslau über die Arbeitslosenunterstützung. Redner warf zunächst einen Rückblick auf die Geschichte der letzten innerhalb unseres Verbandes und erläuterte hierauf den Entwurf. Die in demselben vorgesehene Unterstützung sei eine wesentliche Hilfe in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Daß auch für die Zimmerer Waldenburgs eine derartige Einrichtung nutzbringend wirke, brauche wohl kaum erwähnt zu werden. Die Folgen der Arbeitslosigkeit habe gewiß schon jeder am eigenen Leibe empfunden, und deshalb müsse man der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zustimmen. Jeder Kamerad möge sich deshalb einmal eingehend mit dieser Frage beschäftigen, dann könne man in der nächsten Versammlung zu einem endgültigen Entschluß kommen und dem Delegierten der Wahlabteilung davon Kenntnis geben. Dem wurde zugestimmt.

Die Zahlstelle Debitzfelde sprach sich in einer Versammlung am 18. Dezember, in der Kamerad Bartels-Ragdeburg referierte, für die Einführung aus.

In einer Mitgliederversammlung in Rastenburg am 18. Dezember erläuterte der Vorsitzende die Vorteile der Arbeitslosenunterstützung. In der Diskussion wurden Bedenken in Bezug auf die Erhöhung des Beitrages laut. Bei der Abstimmung zeigte sich jedoch, daß die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer für die Einführung war.

Die Kameraden in Memel beschäftigten sich in ihrer Versammlung am 18. Dezember zum wiederholten Male mit der Arbeitslosenunterstützung. Sie beschloffen, der Generalversammlung einen Antrag auf Vornahme einer Urabstimmung zu überreichen. Nach Ansicht der Memeler Kameraden sind es nur die Großstädter, die von einer Arbeitslosenunterstützung Vorteile ziehen, während die Mitglieder in den kleineren und mittleren Orten die „Geheimen“ sind. So seien in Memel die Zimmerer doch darauf angewiesen, sich im Winter nach anderer Beschäftigung, so z. B. auf den Holzplätzen usw., umzusehen, „weil auf die paar Mark zu warten nicht lohnt und auf den Plätzen doch etwas mehr verdient wird“. Aber auch die Beitragserhöhung fürchtet man. „Anfangs würde es wohl gehen, aber wenn erst so und so viele Kameraden unterstützt werden müßten, dann würde der Beitrag noch erhöht werden müssen und dadurch würden die kleinen Zahlstellen immer mehr zurückgehen.“ Hier berpricht man sich mehr von der Einführung einer Sterbeunterstützung.

In einer schwach besuchten Versammlung in Bernau am 18. Dezember sprach Kamerad Mucha = Berlin. Die Anwesenden waren für die Einführung, gaben aber ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die nicht Erschienenen wohl nicht dafür zu haben wären.

In Potsdam sprach am 13. Dezember Kamerad Kube Berlin in einer gut besuchten Versammlung. Im allgemeinen abgesehen von einigen kleinlichen Bedenken, die von einigen Rednern geltend gemacht wurden — sprach man sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt; die Diskussion über den Entwurf soll in einer der nächsten Versammlungen fortgesetzt werden.

Die Zahlstelle Wannsee sprach sich in der Versammlung am 17. Dezember gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Nur ein Redner trat als Befürworter auf.

In Versammlungen in Briesg (17. Dezember), Kattowitz (21. Dezember) und Gottesberg (22. Dezember) referierte Kamerad Schmidt-Dreslau über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Kameraden in Briesg erkannten sie als eine durchaus wünschenswerte Einrichtung an und einigten sich dahin, für die Einführung einzutreten, trotzdem, wie von mehreren Rednern in der Diskussion erwähnt wurde, die Zimmerer in Briesg im Falle einer Arbeitslosigkeit leicht etwas Beschäftigung im Walde fänden, ein Teil auch ziemlich dauernd in Arbeit stehe. — In Kattowitz soll die Diskussion in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden. Hier war es besonders die Beitragserhöhung, die zu Bedenken Veranlassung gab. Mehrere Redner traten sehr warm für die Einführung ein. — Die Kameraden in Gottesberg haben nach ihrer Angabe nicht so sehr unter einer Arbeitslosigkeit zu leiden; sie sind deswegen jedoch nicht gegen die Einführung, sondern fügen sich den Beschlüssen der Mehrheit.

Am 12. Dezember beschäftigte sich die Zahlstellenversammlung in Rostock mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Das einleitende Referat hielt der Zahlstellenvorsitzende in befürwortendem Sinne. Die Diskussionsredner wandten sich dagegen. Sie meinten, die Einrichtung habe keinen Zweck, indem man erst sechs Tage hungern müßte, bevor man Unterstützung bekomme. Der Vorsitzende hob nochmals die Vorteile der Einrichtung hervor, deren Einführung einen großen Fortschritt bedeuten würde. Bei der Abstimmung entschied sich die Versammlung gegen die Einführung. Diese Stellungnahme kann nicht auffallen. In Rostock hat den ganzen Sommer hindurch bis in den Winter hinein ein partieller Kampf stattgefunden, der kürzlich auf Anraten des Zentralvorstandes aufgehoben worden ist. Darüber herrscht große Erbitterung, und diese hat sich, dem uns vorliegenden Berichte nach, in den Versammlungen geäußert. Bei ruhiger Ueberlegung dürften unsere Rostocker Kameraden zu einem anderen Entschlusse kommen. Die dortigen Zustände verlangen geradezu die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbanne.

Die Zahlstelle Freienwalde beschäftigte sich kürzlich zum zweiten Male mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. An den Vortrag des Kameraden Reimann = Berlin schloß sich eine rege Debatte. In der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde gegen sechs Stimmen die Einführung gut geheißen.

Wenn man die Debatten im „Zimmerer“ verfolgt, so muß man in den Glauben versetzt werden, als wäre die Einführung der Arbeitslosenunterstützung das beste Mittel, um unseren Verband als Kampfsorganisation weiter auszubauen. Wenn ich einmal einen Rückblick auf unsere Bewegung werfe, so muß ich sagen, daß das Jahr 1890 eines der erfolgreichsten Lohnbewegungsjahre für unseren Verband bedeutet. Damals sind auch die Mittel aufgebracht worden. Man will den Beitrag immer höher schrauben, um den Mitgliedern etwas zu bieten. Sehen wir uns einmal die Löhne in den Zahlstellen an, so werden wir finden, daß sich der Lohn seit Bestehen des Verbandes in den Großstädten um das Doppelte erhöht hat, daß aber unter den kleinen Städten noch verschiedene einen Rückgang zu verzeichnen haben.

Wir wollen den Arbeitslosen unterstützen, damit er sich nicht zu billigerem Lohn anbietet; es ist ja ganz gut, 6 pro Woche zu erhalten, aber was fängt ein Verheirateter damit an? Es ist zum Leben zu wenig, zum Verhungern zu viel! Er wird sich so schnell wie möglich anderweitig um Arbeit bemühen, und wenn er nur 10 pro Woche verdient, so zieht er dieses doch der Arbeitslosenunterstützung vor. Es wird den reisenden Kameraden Gelegenheit gegeben, sich in den großen Städten längere Zeit aufzuhalten, denn mit 6 pro Woche kann sich ein einzelner recht gut halten, wohingegen er mit einmaliger Reiseunterstützung wieder abreißen muß. Dadurch würde es den ansässigen Kameraden schwer sein, Arbeit zu erhalten. Noch eins. Mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung würden die Krankenkassen im Winter nicht so sehr mit Kranken belastet werden. Es gibt wirklich Kranke, die sich vor Hunger schützen wollen, dann fallen sie den Kassen zur Last, denn selbst der Arzt kann in das Innere eines sich krank Melbenden nicht hineinschauen. Es würde meiner Ansicht nach das Simulantentum großgezogen. Manche Kameraden würden beides in Anspruch nehmen, Arbeitslosen, wie auch Krankenkassenunterstützung. Ich halte die Arbeitslosenunterstützung in unserem Gewerbe für undurchführbar. Was bedeuten 38 000 organisierte gegen 150 000 (?) Zimmerer in Deutschland? Sorgen wir erst einmal dafür, daß die in ihrer Lebenslage zurückgebliebenen Zimmerer in den kleinen Zahlstellen bestmöglich gestellt werden; sorgen wir für die einzelnen Kameraden, die es wagen, für ihre Arbeitsbrüder einzutreten, wenn diese gemahregelt werden; unterstützen wir sie, damit sie nicht gezwungen sind, den Ort zu verlassen, denn es kommt manchmal gerade auf die leitenden Personen an Ort an. Ich schließe mich den Kameraden an, die für eine Arbeitslosenunterstützung noch vor der Generalversammlung eintreten, denn die paar Delegierten auf der Generalversammlung können eine solche wichtige Sache nicht beschließen. Die vorige Abstimmung hat gezeigt, wie die Mehrzahl der Kameraden urteilt. Wenn von 23 092 Mitgliedern sich nur 11 867 an der Abstimmung beteiligten, so ist hieraus zu sehen, daß diese 11 000 diejenigen Mitglieder waren, die ein Interesse für den Verband hegten, wohingegen die Hälfte nur zum Ja- und Amen sagen da waren. Ebenso sieht man es jetzt in denjenigen Zahlstellen, wo Propaganda für die Arbeitslosenunterstützung gemacht wird. Sorgen wir, wie die

Maurer, dafür, daß die Hinterbliebenen ein Sterbegeld erhalten, dann wird unsere Organisation auch an Mitgliedern zunehmen.*)

D. Schüg, Memel.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Eudgültiges Resultat der Erhebungen über die Arbeitslosigkeit am 12. November 1904 im Vergleich zu den Erhebungen für den 9. November 1899, den 9. November 1902 und den 10. November 1903.

Table with 10 columns: Jahr, Es beteiligten sich, Nicht arbeitslos waren, Arbeitslos waren wegen, and various percentages.

Aus der Statistik sind die Zahlstellen ausgeschieden, welche sich im Lohnkampf befanden. Es waren dies am 12. November d. J. 1 Zahlstelle mit 84 Mitgliedern

Vorläufiges Ergebnis für den 5. Dezember 1904 im Vergleich zu dem Resultat für den 8. Dezember 1899, den 6. Dezember 1902 und den 7. Dezember 1903.

Table with 10 columns: Jahr, Es beteiligten sich, Nicht arbeitslos waren, Arbeitslos waren wegen, and various percentages.

Wegen Vergehen gegen § 9 Abs. 2 des Statuts wurden ausgeschlossen in G l ü c k s t a d t: D. Thode (Buchn. 89 114); W i l h e l m s h a v e n: W. Döfcher (51 163), R. Wührmann (35 148), K. Menzenhauer (09324); S c h m e r i n: Fr. Körner (024 284).

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Agitationskommissionen.

Agitationsbezirk Bayern.

Die Adresse des Gauleiters August Kemmer ist vom 1. Januar 1904 ab: München, Kapuzinerstr. 40, 2. St. M. D.

Der Gauvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Rostock.

Gesperrt sind in Alten-Essen das Geschäft von Schmelz & Diepenbrock, in Düsseldorf die Arbeiten der Firma Blasberg & Co., in Lübeck die Bahnhofsbauten der Firma Helfmann, in Schwelm in Westf. das Geschäft von Sommer, in Stargard i. Pommern das Geschäft von George und in Wilhelmshaven die Arbeiten der Firma Holzmänn.

Wahstreik in Stargard i. Pom. Differenzen bezüglich der Arbeitszeit in dem Geschäft des Zimmermeisters George in Stargard haben zu einer Arbeitseinstellung geführt. Ueber das Geschäft ist die Sperre verhängt. Der Bezug nach dort ist zu meiden.

Forderungen in Ahrendbüchel. In der Mitgliederversammlung am 11. Dezember wurde beschlossen, den bisherigen Tarif zu kündigen und Forderungen einzureichen auf Erhöhung des Lohnes von 40 auf 45 pro Stunde und Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun und einhalb Stunden.

Lohnarif für Sonderburg.

§ 1. Der Lohn beträgt für einen Maurer und Zimmergesellen 48 pro Stunde vom 1. April 1904 bis dato 1905. Vom 1. April 1905 bis dato 1906 beträgt der Lohn für dieselben 48 pro Stunde. Für einen Arbeiter 10 pro weniger pro Stunde.

§ 2. Ueberstunden- und Nacharbeit wird nicht ausgeführt. § 3. Wasserarbeit wird mit 7 pro Aufschlag pro Stunde bezahlt.

§ 4. Landarbeit gilt als solche, welche über 5 km von der Stadtgrenze entfernt ist. Dieselbe wird mit 50 pro Tag vergütet. Ist die Arbeit bis 20 km entfernt, so ist alle Woche eine, ist dieselbe über 20 km entfernt, so ist alle 14 Tage eine freie Hin- und Rückfahrt zu gewähren.

Arbeitgebern ist es gestattet, für Landarbeit anzustellen, wo der Aufschlag nicht bezahlt wird; jedoch darf nur dort angestellt werden, wo die Arbeit ist. Ferner dürfen darunter keine Ortsangehörigen leiden.

§ 5. Abspalt-, Leer- und Karbolinumsarbeiten werden mit 5 pro Aufschlag pro Stunde vergütet, wenn die Arbeit über einen Tag dauert.

§ 6. Sämtliche Arbeiten werden im Tagelohn ausgeführt. § 7. Vor den drei höchsten Feiertagen ist eine Stunde früher Feierabend, welche mitbezahlt wird.

*) Wie sich Zahlstellen, wo solche Meinungen, wie die hier vorgetragenen, an leitender Stelle vertreten werden, entwickeln, das zeigt uns recht drastisch die Entwicklung der Zahlstelle Memel selbst. Ihre Mitgliederzahl betrug im Jahre 1890: 40, bis zum Jahre 1892 war sie auf 7 gesunken. Im Jahre 1899, wo in Memel wieder einmal eine Lohnbewegung stattfand, stieg die Mitgliederzahl auf 52, um dann allmählich wieder zurückzugehen, so daß die Abrechnung der Zahlstelle für das 3. Quartal 1904 noch 19 Mitglieder aufweist.

§ 8. Arbeitstarif:

Table with 6 columns: Jahreszeit, Stundenlohn, Anfang, Feierabend, Feiertag, Mittags, and Später.

Bei starker Dunkelheit ist der Tarif zu ändern, jedoch bleibt dieselbe Stundenlohn.

§ 9. Auf jedem Bau ist eine wetterfeste Baudecke herzustellen; dieselbe muß mit einem Bretterboden versehen sein. Dieselbe ist verschließbar und während der Zeit vom 1. November bis 1. März heizbar zu machen; auch darf kein Material darin lagern.

§ 10. Lohnauszahlung findet jeden Sonnabend vor Feierabend statt.

§ 11. Wird von den Unternehmern den Arbeitnehmern Gehalt zugestelt, so sind dafür seitens des Unternehmers 50 pro Woche in Abzug zu bringen.

Durch Unterschrift verpflichtet sich untengenannte Lohnkommission, während der Zeit der Vertragsdauer keine Lohnforderungen zu stellen beziehungsweise in Streit zu treten; gleichfalls verpflichten sich die Unternehmer, während dieser Zeit keine Ausperrungen vorzunehmen.

Sonderburg, den 1. April 1904.

Für die Unternehmer:

Fr. Timpe, Naewe, Lorenzen & Christmann, S. Döck, D. Erich, S. Hansen, Th. Lobsen, F. C. Schmidt.

Für die Maurer:

W. Stier, M. Gundersen, S. Kramann.

Für die Zimmerer:

D. Lütke, S. Dohrmann, F. Hölker.

Für die Bauarbeiter:

Fr. Wehrs, S. Kozke, F. Melick.

Dermisches.

Abrechnung der Zahlstelle Dresden und Umgegend über das 4. Quartal 1904.

Table with 2 columns: Bestand des Lokalfonds vom 3. Quartal 1904, and various financial entries with amounts.

Ausgabe.

Table with 2 columns: An die Zentralkasse gesandt für Beiträge, and various financial entries with amounts.

Bilanz.

Table with 2 columns: Einnahme, Ausgabe, and Bestand, with amounts.

Abrechnung über den Unterstützungsfonds.

Table with 2 columns: Bestand am 13. Juli 1904, and various financial entries with amounts.

Ausgabe.

Table with 2 columns: An Unterstützungen, and various financial entries with amounts.

Für die Michtigkeit:

Herm. Dehmichen, Fritz Camenz, Joh. Dose, Germaun Graupner, Josef Melzer.

Abrechnung der Zahlstelle Magdeburg über das 4. Quartal 1904.

Table with columns for 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure) for the 4th quarter of 1904 in Magdeburg. Includes items like 'Bestand der Lokalkasse vom 3. Quartal' and 'Für 4 Eintrittsgebühren'.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the 4th quarter of 1904 in Magdeburg. Includes items like 'An die Zentralkasse für Wochenbeiträge' and 'Für Inzerate'.

Table titled 'Bilanz' (Balance Sheet) for Magdeburg, showing 'Einnahme' (4104,98), 'Ausgabe' (466,22), and 'Bestand' (3138,76).

Magdeburg, den 17. Dezember 1904.

Emil Müller, Vorsitzender. Wilhelm Bernau, Kassierer. Revidiert und für richtig befunden: Carl Niemann, Wilh. Wienecke, Revisoren.

Jahresabrechnung der Zahlstelle Magdeburg 1904.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the year 1904 in Magdeburg. Includes items like 'Bestand der Lokalkasse vom Jahre 1903' and 'Für 29 Eintrittsgebühren'.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the year 1904 in Magdeburg. Includes items like 'An die Zentralkasse gesandt für Beiträge' and 'Für Inzerate und Drucksachen'.

Table titled 'Bilanz' for Magdeburg, showing 'Einnahme' (8196,19), 'Ausgabe' (5057,43), and 'Bleibt Bestand' (3138,76).

Emil Müller, erster Vorsitzender. Wilh. Bernau, Kassierer. Revidiert und für richtig befunden: Carl Niemann, Wilh. Wienecke, Revisoren.

Abrechnung der Zahlstelle Bremen über das 4. Quartal 1904.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the 4th quarter of 1904 in Bremen. Includes items like '10 Eintrittsgebühren' and 'Für 6 Strafeintrittsgebühren'.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the 4th quarter of 1904 in Bremen. Includes items like 'An die Zentralkasse' and 'Für Kolportage'.

Table titled 'Bilanz' for Bremen, showing 'Einnahme' (3148,70), 'Ausgabe' (1982,76), 'Gewinn' (1165,94), and 'Bestand' (2599,63).

H. Steffen, erster Vorsitzender. H. Seupel, erster Kassierer. Revidiert und für richtig befunden: A. Cornehl, D. Zimmermann, Revisoren.

Jahresabrechnung der Zahlstelle Bielefeld für das Jahr 1904.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the year 1904 in Bielefeld. Includes items like 'Kassenbestand vom Vorjahre' and 'Für 2598 Einheitsmarken'.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' for the year 1904 in Bielefeld. Includes items like 'An die Hauptkasse gesandt für Zentralfondsbeiträge' and 'Für Porto'.

Table titled 'Bilanz' for Bielefeld, showing 'Einnahme' (2257,12), 'Ausgabe' (1785,87), and 'Bestand' (471,25).

Mitgliederverzeichnis.

Mitgliederbestand vom 4. Quartal 1903: 74, zugereist 69, eingetreten 88. Zusammen 181. Abgereist 87, gefrischen 6, ausgetreten 1, gestorben 2. Zusammen 96. Der Mitgliederbestand betrug somit am Schlusse des Jahres 85.

Bielefeld, den 15. Dezember 1904.

Aug. Becker, erster Vorsitzender. Herm. Behlke, erster Kassierer. Revidiert und für richtig befunden: Für die Revisoren: H. Schloßter, G. Uts.

Statistisches aus München. Bei der Erhebung am 5. Dezember wurden befragt 705 Mitglieder. Davon waren in Arbeit 500, krank 88 und arbeitslos wegen Arbeitsmangels 167 Mitglieder. Im ganzen waren also 205 Erwerbslose zu verzeichnen...

Table titled 'Statistisches aus der Zahlstelle Nürnberg'. Shows a grid of numbers representing member statistics across different categories.

Zu bemerken ist ferner, daß in Wendelstein bei Feucht, wo von 13 beschäftigten Zimmerern 8 unserer Zahlstelle angehören, der Stundenlohn um 1 M erhöht worden ist; früher betrug er 81 M jetzt 82.

Sterbetafel.

Breslau. Am 1. Dezember starb das Mitglied Gustav Schneider an der Proletarierkrankheit und am 2. Dezember das Mitglied Gustav Bauer an Herzschlag. München. Am 19. Dezember starb unser Mitglied Peter Schell im Alter von 84 Jahren an der Proletarierkrankheit.



Literarisches.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 13. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Die 'Neue Zeit' erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen...

Von den 'Dokumenten des Sozialismus', herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 12. Heft des IV. Bandes erschienen. Die 'Dokumente des Sozialismus' erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen...

'Wider die Pfaffenheerrschaft', Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, von Emil Nolde, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Lieferung 37.

Sau mich aus! Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts zur Jahreswende eine illustrierte Zeitung erschienen, die in Wort und Bild die jetzt herrschende Denkmalswut verurteilt. Diefelbe kostet 10 M und ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben.

'In freien Stunden', illustrierte Roman-Bibliothek für das arbeitende Volk. Das Schlussheft des 8. Jahrgangs ist soeben erschienen. Mit dem 1. Januar beginnt ein neuer Roman: 'Im Banne der Verführung' v. Hector Malot. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, indem wir ihnen empfehlen, auf diese Wochenchrift, von der wöchentlich ein 24 Seiten starkes illustriertes Heft für 10 M erscheint, zu abonnieren. Alle Parteibuchhandlungen, sowie die Kolporteure und Austräger der Parteizeitungen nehmen Bestellungen entgegen.

Von der 'Gleichheit', Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist uns soeben die Nr. 27 des 14. Jahrgangs zugegangen.

Die 'Gleichheit' erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 M, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 M; unter Kreuzband 85 M.

Die Neujahrnummer des 'Wahren Jacob' ist soeben erschienen. Sie ist 12 Seiten stark und kostet 10 M.

Der 'Süddeutsche Postillon' versendet die Schlussnummer seines 23. Jahrganges. Preis 10 M. Der Verlag ließ zu dem Bande wieder Titel und Inhalt, sowie einen hübschen Einband erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das 'Correspondenzblatt der General-Kommission' für die Lokalloriente resp. Vertrauensmänner bei. * Raumangels halber mußten sämtliche Berichte aus den Zahlstellen zurückgestellt werden.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungsanzeigen bis zu drei Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- List of meetings and events: Arheiligen, Dienstag, den 8. Januar. Arneburg, Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, beim Gastwirt Vorfeld. Ascherleben, Sonnabend, den 7. Januar, im 'Goldenen Anker', Dülferstraße. Augsburg, Sonnabend, den 7. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, im Gasthaus 'Zum Schwan', am oberen Graben. Annaberg, Dienstag, den 8. Januar. Ballenstedt, Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, in der 'Reichskrone'. Bantzen, Dienstag, den 8. Januar, Nachm. 8 Uhr, im 'Wettinerhof'. Bergen a. N., Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 3 Uhr, in der Herberge. Verburg, Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im 'Deutschen Haus'. Biebrich, Mittwoch, den 4. Januar, 'Zum Kaiser Adolf'. Bischofsheim, Montag, den 2. Januar, Abends 9 Uhr, bei Witwe Nuhl. Braunschweig, Dienstag, den 8. Januar, in der Zentrallherberge, Werderstr. 32. Bromberg, Dienstag, den 8. Januar, Abends 6 Uhr. Bruchsal, Sonnabend, den 7. Januar, Abends 6 1/2 Uhr, im 'Gasthaus zum Einhorn'. Bunzlau, Sonnabend, den 7. Januar, im 'Goldenen Stern'. Brieg, Sonnabend, den 7. Januar, Nachm. 8 Uhr, in der Herberge, Paulanerstraße. Bonn, Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 2 Uhr, bei Fassbender, Kaiserstr. 16. Celle, Mittwoch, den 4. Januar, Abends 8 Uhr. Coburg, Mittwoch, den 4. Januar, in der 'Himmelsleiter', Leopoldstr. 27. Cottbus, Montag, den 2. Januar, bei Thore, Berlinerplatz 8. Köln (Bez. Ralf), Mittwoch, den 4. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Nied, Viktorstr. 70. Crefeld, Sonntag, den 8. Januar, bei Dittmar. Dessau, Sonnabend, den 7. Januar, bei Stelzer. Deutsch Lissa, Donnerstag, den 5. Januar, Abends 7 Uhr, im 'Alder' bei Senftleben. Durlach, Sonntag, den 8. Januar, im Gasthaus 'Zum Schwan'. Eisleben, Mittwoch, den 4. Januar, Abends 8 Uhr, im Restaurant 'Prinz Heinrich', Plan. Emden, Mittwoch, den 4. Januar. Emmendingen, Samstag, den 7. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in der 'Sinnerhalle'. Fleisburg, Mittwoch, den 4. Januar, Abends 8 Uhr, bei H. Andresen, Süder-Fischerstraße. Forst, Dienstag, den 8. Januar, eine halbe Stunde nach Feierabend im Vereinslokal bei Wörpel, Bismarckplatz. Frankenhafen, Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 3 Uhr, im 'Schützenhaus'. Frankfurt a. M., Mittwoch, den 4. Januar, Abends 8 Uhr, im 'Gewerkschaftshaus, Stolzestr. 13. Frankfurt a. d. O., Dienstag, den 8. Januar, im 'Vorwärts', Breitestraße. Frankfurt. Dienstag, den 8. Januar, im 'Deutschen Haus', A. Walter. Friedland i. M., Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im 'Glyfium'. Gelsenkirchen, Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Kampß, Verelnstr. 31. Gera, Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, in Göfers Restaurant. Göppingen, Sonnabend, den 7. Januar, im 'Weißen Hirsch', Barbarossastr. 29. Göttingen, Montag, den 2. Januar, bei Wwe. Achilles, Neustadt 29. Grantee, Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, im Mecklenburger Lokal. Grasdorf, Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 3 Uhr.

Greiffenberg. Sonntag, den 8. Januar.
Grünberg i. Schl. Dienstag, den 8. Januar, Abends 7 Uhr, im Gasthof „Zum braunen Hirsch“.
Guben. Mittwoch, den 4. Januar, Abends 7 Uhr, im Restaurant „Zur Friedensallee“.
Graudenz. Sonntag, den 8. Januar, im „Gewerbehaus“.
Greifenhagen. Sonntag, den 8. Januar.
Gagen i. W. Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8½ Uhr, im „Volkshaus“, Wehringhäuserstr. 89.
Halberstadt. Dienstag, den 8. Januar, bei Vollmann, Baakenstr. 63.
Halle. Sonnabend, den 7. Januar, bei Streicher, H. Klausstraße 7.
Hamelu. Sonntag, den 8. Januar.
Hannover. Dienstag, den 8. Januar, Abends 8½ Uhr, Neuestr. 27.
Heidelburg. Montag, den 2. Januar, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Älmer“, Hauptstraße.
Holzhausen. Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, bei Daniel Hundertmark.
Husum. Sonnabend, den 7. Januar, in der Herberge, Süderstraße.
Hadpe. Sonntag, den 8. Januar, Vorm. 10 Uhr, Zusammenkunft bei H. Weber, Eilmerstr. 5.
Hilmenau. Dienstag, den 8. Januar.
Inchoe. Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr.
Jever. Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 Uhr.
Karlruhe. Sonntag, den 8. Januar, Vormittags 10 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstr. 58.
Königsberg. Montag, den 2. Januar, Abends 7½ Uhr, „Zum tapferen Buren“, Lannaufstr. 25.
Königsweiserhausen. Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im „Siegeskranz“.
Langen. Sonntag, den 8. Januar, im „Lämmchen“.
Langenbielau. Mittwoch, den 4. Januar, im „Goldenen Frieden“, Neubielau.
Langendiebach. Samstag, den 7. Januar, beim Gastwirt Obbel.
Langensalza. Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr.
Lehe-Geestmünde. Mittwoch, den 4. Januar, bei Weiskamp in Geestmünde.
Lehnin. Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 2 Uhr, bei Laege, Hauptstr. 68.
Leipzig-Gohlis. Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Morgenröte“.
Liegnitz. Mittwoch, den 4. Januar, eine Stunde nach Feierabend.
Lindau. Sonntag, den 8. Januar, Vormittags 10 Uhr, im „Engelgarten“.
Lissa. Dienstag, den 8. Januar, Abends 6½ Uhr, im „Felsenkeller“.
Lübeck. Donnerstag, den 5. Januar, Abends 8½ Uhr, im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50.
Lützenwalde. Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 3½ Uhr.
Lüdenscheid. Samstag, den 7. Januar, Abends 8½ Uhr, bei Rügenberg, Grabenstraße.
Ludwigshafen. Samstag, den 7. Januar, Abends 9 Uhr, bei Heuch, Friesenheimerstr. 67.
Langelsheim. Mittwoch, den 4. Januar.
Magdeburg. Dienstag, den 8. Januar, bei Wwe. Müller, Tischlerkrugstr. 22.
Mainz. Sonntag, den 8. Januar, im „Äbler“, Mitternacht 12.
Mannheim. Samstag, den 7. Januar, im Gewerkschaftshaus „Zum weißen Lamm“.
Merseburg. Sonnabend, den 7. Januar, im Restaurant „Finkenburg“.
Mühlheim a. Rh. Sonntag, den 8. Januar, Vorm. 10½ Uhr, bei Meier, Deuserstr. 68.
München-Glabach. Sonntag, den 8. Januar, bei Uebach, Rheingartenstr. 104.
Mundenheim. Samstag, den 7. Januar, Abends 8½ Uhr, im „König Ludwig II.“, Bahnhofstraße.
Mühlau. Sonnabend, den 7. Januar, im Gasthaus „Zur Germania“.
Mühlhausen i. Th. Freitag, den 6. Januar, im Gewerkschaftshaus.
Nauen. Sonnabend, den 7. Januar.
Nordenham. Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, in W. Tapferweins Gasthof.
Nordhausen. Dienstag, den 8. Januar, Abends 7 Uhr, in „Stadt Berlin“, Schreiberstraße.
Nürnberg. Sonntag, den 8. Januar, Vormittags 9½ Uhr, im „König von England“.
Nürtingen. Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 9 Uhr, „Zum Erler“.
Raumburg. Montag, den 2. Januar, Abends 8 Uhr, im „Palmenbaum“.
Reichenhain-Güchst. Jeden Samstag von 5 bis 6 Uhr Beitragszahlung und Aufnahme im Gasthaus „Zum Vogel Nest“.
Oberhausen. Sonntag, den 8. Januar, Morgens 11 Uhr, bei Hermanns, Grenstraße.
Oldeker. Sonntag, den 8. Januar, im Gewerkschaftshaus bei Heuer, Segebergerstraße.
Orb. Sonnabend, den 7. Januar, Abends 9½ Uhr, bei Wwe. Fuller, Hauptstr. 45.
Otterleben. Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, bei Fr. Strumpf.
Parchim. Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 4 Uhr.
Plauen. Jeden Sonnabend von 7 Uhr Abends ab, Zahlungsabend im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“, Pausaerstraße.
Pr.-Stargard. Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus bei Herrn Schulz.
Ritzdorf. Dienstag, den 8. Januar, Abends 8½ Uhr, bei Bellert, Steinwegstr. 118.
Saarbrücken. Sonntag, den 8. Januar, im „Kaiseraal“ zu St. Johann.
Schmölln. Sonnabend, den 7. Januar, im Grells Restaurant, Bahnhofstraße.
Schneidemühl. Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, bei Gentel, Rütger-Allee.
Schwartau. Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 4 Uhr, in Sternbergs Lokal in Reusfeld.
Schwiebus. Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 4 Uhr, bei Pratsch.
Sommerfeld. Dienstag, den 8. Januar, im Restaurant „Martini“.
Spremberg. Dienstag, den 8. Januar, bei Knorr, Portenstraße.

Stade. Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, in Studis Tibolt.
Stendal. Sonntag, den 8. Januar, in der Herberge Vogelstr. 17.
Strepitz. Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 8 Uhr, bei Otto Schmidt.
Stöckelbors. Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, bei Wiederholz.
Teltow. Donnerstag, den 5. Januar.
Thorn. Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 5 Uhr, im „Gasthaus zur Ostbahn“ in Mocker.
Wandsbeck. Mittwoch, den 4. Januar, bei Gronau, Hamburgerstraße.
Webel. Dienstag, den 8. Januar.
Westerland. Mittwoch, den 4. Januar, in Maß Petersens Gasthof.
Wittler. Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, in der Herberge.
Wismar. Montag, den 2. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Hansa“.
Witten. Samstag, den 7. Januar, bei Aug. Raabe, Oberstr. 17.
Wittenberg. Sonntag, den 8. Januar, im Restaurant „Zur Einigkeit“.
Wittenberge. Sonnabend, den 7. Januar, bei Hermann Zahn, Steinstr. 3.
Wurzen. Sonnabend, den 7. Januar, Zusammenkunft in der Restauration „Zum Schützenhaus“.
Werbau. Sonntag, den 8. Januar, Nachm. 3 Uhr, in der „Feuerfugel“.
Zeitz. Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 Uhr.
Zuffenhausen. Samstag, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, bei Haist, „Zum Kirchhof“.
Zweibrücken. Samstag, den 7. Januar, Abends 9 Uhr, im „Goldenen Stern“.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich, unter der Adresse August Wringmann, Hamburg 22, Fehlfeldstr. 28, I., einzusenden. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 % per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken, sondern bar Geld zu senden.)

Nachruf.

Am 23. Dezember verstarb plötzlich infolge eines Blutsturzes unser treuer Kamerad

Karl Witzel

im Alter von 53 Jahren.

Derselbe trat unentwegt zu jeder Zeit für die Interessen unseres Verbandes ein. Wir werden ihm zu jeder Zeit ein treues Andenken bewahren!

[M. 3,90] Die Zahlstelle Frankfurt a. M.

Nachruf.

Am 19. Dezember starb nach schwerem Leiden unser Kamerad

Johann Albert Haas

aus Windecken im 19. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

[M. 8,60] Die Zahlstelle Heldenbergen.

Bremen.

Beerdigungsverein der Zimmerer.

General-Versammlung

am Sonntag, den 1. Januar 1905, Nachmittags 4 Uhr, bei Greve, Faulenstr. 20.

NB. Nicht erscheinende Mitglieder zahlen 50 % Strafe. [M. 1] Der Vorstand.

Zahlstelle Magdeburg.

Donnerstag, den 5. Januar 1905, Abends 8 Uhr, im Lokale der Wwe. Müller, Tischlerkrugstr. 22:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Arbeitslojenunterstützungsforderung. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Quartals- und Jahresabrechnung des Kassierers. 4. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 5. Wahl eines Mitgliedes zur Agitationskommission. 6. Stellungnahme zum Stiftungsfest. 7. Wahl eines Kolporteurs für Sudenburg. 8. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen, um einen wirklichen Beschluß insbesondere zum ersten Punkt der Tagesordnung herbeizuführen. Das Mitgliedsbuch ist zwecks Abstempelung des Versammlungsbefuches mitzubringen. [M. 1,70] Der Vorstand.

Allen meinen werten Kunden zum Jahreswechsel ein fröhliches

Prosit Neujahr!

Emil Hohfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4.

Sehr lehrreich für die Zimmerer

selbst den tüchtigsten Polierern zu empfehlen sind die nach eigener vieljähriger Praxis deutlich erklärten und deshalb überall sehr anerkannten Werke:

Wolfs
Praktische Ausführung der Schiflung und Dachverbandhölzer
 mit 406 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dachern, sowie 10 Kantholzmodellen und verschiedene Modellfiguren. Großformat, geb. Preis M. 6,75.

Wolfs
Dachausmittlung und Dachkonstruktion
 mit 341 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dachmodellen. Taschenformat, geb. Preis M. 3,50.
 Beide Werke „Groß- und Taschenformat“ zusammen M. 9,25.

Wolfs
Praktische Ausführung der Treppen
 mit 280 Figuren, einschließlich der aufstellbaren Wangen- u. Kantholzmodelle einer gewundenen Treppe und einiger Wangenkopfstücke, nebst verschiedenen Modellfiguren. Großformat, geb. Preis M. 6.

Wolfs Zimmerarbeitslohn,
 Handbuch zur Ermittlung der Arbeitspreise mit Arbeitszeit und den Lohnsätzen von 20, 25, 30 bis 60 % pro Stunde. Taschenformat, geb. Preis M. 3.
 Beide Werke: „Ausführung der Treppen“ und „Zimmerarbeitslohn“ zus. Preis M. 8.
 Bestellungen nimmt **Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleusig, Deferstr. 18,** selbst entgegen.

J. Blume & Co.,
 Begr. 1842. **Hamburg.** Begr. 1842.
 Steinstraße 157. Neuer Steinweg 1.
 Als besonders preiswert empfehlen wir unsere überall bekannte englisch-leberne Hose

„Herkules“
 in allen Farben im Preise von Mk. 7 franko; ferner unsere schlicht schwarzen und braun gereizten

— **Manchester-Hosen und Westen** —
 in bekannter Güte.

*** Isländer Jacken ***

INGETRAGENE




SCHUTZ-MARKE

Maurer-Jacken
 Halb-Maurer-Blousen
 Arbeiter-Rittel
 Gestreifte u. weiße Hemden
 Hüte und Schmiegenstücke
 Muster und Preisliste gratis.

Weltberühmte Isländer.

M. Mosberg's Arbeitergarderoben
 mit der Schutzmarke sind **unerreichlich!**



Nur erprobt gute Qualitäten!
 * Preislisten gratis. *

Um die allein echten, weltberühmten **M. Mosbergschen** Fabrikate zu erhalten, schreibe man stets: **Firma M. Mosberg, Bielefeld, 45 Breitestraße 45.**